

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

59. Sitzung
27. Mai 2015

Beginn: 11.04 Uhr
Schluss: 13.50 Uhr
Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 17/1786
Bericht zum Runden Tisch
Grundwassermanagement in Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der
Fraktion der CDU)

[0209](#)
StadtUm

Hierzu: Anhörung

Zur Anhörung darf ich begrüßen Herrn Feddern, den Leiter der Wasserversorgung der Berliner Wasserbetriebe, Herrn Kraus als Mitglied im Landesvorstand Berlin des BUND, Herrn Dierks von der Industrie- und Handelskammer, dort zuständig für den Bereich Umwelt und Energie, und Herrn Ohm als Präsidenten des Verbands Deutscher Grundstücksnutzer. Hinsichtlich unserer Verfahrensordnung weise ich darauf hin, dass wir bei Anhörungen regelmä-

ßig ein Wortprotokoll führen, um Ihre Ausführungen für die Parlamentsgeschichte und die Nachwelt festzuhalten. Ich weise darauf hin, dass aus diesem dann auch immer zitiert werden darf. Wir hatten uns bei der Einladung darauf geeinigt, dass Sie zu Anfang ein ca. fünfminütiges Statement abgeben. Ich würde jetzt, wie es bei uns auch üblich ist, erst einmal den beantragenden Fraktionen kurz das Wort geben, um diesen Besprechungspunkt zu begründen. Dann wären Sie mit Ihrem Statement dran, und dann reihen sich Fragen der Parlamentarier an. – Dann haben wir jetzt zur Begründung Herrn Buchholz und Herrn Freymark.

Daniel Buchholz (SPD): Danke für das Wort, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich, dass Sie da sind. – Das Thema ist wirklich kein neues für das Berliner Abgeordnetenhaus. Ich darf daran erinnern: Das Berliner Abgeordnetenhaus hat mit einer sehr großen, breiten Mehrheit im Jahr 2005 – das ist gut zehn Jahre her – unter der Überschrift „Siedlungsverträgliche Grundwasserstände sicherstellen“ einen wegweisenden Beschluss gefasst, der dann auch durch diverse Berichte des Senats fundiert unterlegt wurde. Es gab als Vereinbarung von SPD und CDU in dieser Legislaturperiode die Einrichtung eines Runden Tisches Grundwasser, an dem, glaube ich, die Herren auch alle teilgenommen haben, zumindest fast alle, auch viele Abgeordnete. Es gab eine stadtweite Diskussion. Inzwischen gibt es einen Bericht des Senats – ich habe ihn noch mal mitgebracht für alle, die ihn nicht parat haben –, kein dünnes Werk, denn es wurde zusammengetragen, was die einzelnen Verbände und Interessenvertreter dort ausgeführt haben. Aber es sind nicht alle sehr zufrieden damit. Darum führen wir heute diese Anhörung durch.

Die Frage ist: Welche Verantwortung hat die Stadt? Welche Verantwortung hat der einzelne Hauseigentümer, die einzelne Hauseigentümerin für das, was durch steigendes Grundwasser an Schäden verursacht wird? Da sind wir natürlich in einem Spannungsfeld. Was ist rechtlich geboten? Ist es tatsächlich so, dass sich der einzelne Hauseigentümer hätte informieren müssen – oder seine Vorfahren – über den höchsten jemals gemessenen Grundwasserstand und damit die eigene Verantwortung? Das ist das eine Extrem. Das andere Extrem ist, dass man sagt: Trinkwasserversorgung ist seit Jahrhunderten, seit Jahrtausenden eine gemeinschaftliche Aufgabe, und entsprechend muss auch der Staat dafür sorgen, dass die Keller nicht vernässen.

Wir haben als Koalition vereinbart, drei Pilotprojekte, auch als Hilfe zur Selbsthilfe, zu starten. Da ist meine erste Frage: Wie weit sind diese drei? Ich nehme vorweg: Ich habe schon gehört, dass es offensichtlich bisher nur zwei ausgewählte Gebiete gibt. Wir finden es sehr bedauerlich, dass bisher noch kein Industriegewerbegebiet ausgewählt werden konnte in Berlin, über eine Dauer von anderthalb Jahren – was schon erstaunlich ist. Meine Frage direkt an den IHK-Vertreter, Herrn Dierks, da auch mit ihm die Diskussionen zur Auswahl eines solchen Gebiets nach meiner Kenntnis sehr intensiv liefen und laufen: Warum lässt sich so etwas in Berlin für ein Pilotprojekt nicht ausweisen, und wie lange sollen wir noch warten? – Der Haushalt ist in Kürze beendet, zumindest der für 2014/2015, und damit sind zumindest die Pilotmittel nicht mehr verfügbar.

Meine Frage an alle Anzuhörenden: Sehen Sie die Notwendigkeit, dass das Land Berlin eingreift? Im Senatsbericht heißt es, 1 300 betroffene Gebäude sind gemeldet worden, 0,2 Prozent des Gebäudebestands. Da sagen natürlich die Hauseigentümer: Es meldet sich nicht jeder, weil er Angst um den Grundstückswert und den Gebäudewert hat. – Wie weit sehen Sie diese Gefahr?

Dann geht es um die ökologischen Auswirkungen. Wenn wir uns mit relativ hohen Grundwasserständen eigentlich wieder einem ökologischen Optimum angenähert haben, was würde passieren, wenn wir die jetzt wieder absenken würden? Diese Frage richtet sich insbesondere an den Umweltverband.

Als Letztes, was die Kostendimension angeht: Die Umweltverwaltung und, ich glaube, auch die Wasserbetriebe haben ausgewiesen, dass wir als Land Berlin, wenn wir eine umfassende Grundwasserhaltung über die Wasserwerke machen würden – Frage: Wie weit ist die eigentlich möglich? –, jährliche Kosten von 90 Millionen Euro haben würden. Teilen Sie diese Einschätzung, was den Wert angeht? Das wären ja Ewigkeitskosten, weil man immer wieder nachpumpen müsste. Wie schätzen Sie das ein? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Freymark!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Buchholz! Das war schon mal ein Rundumschlag, aber zur Begründung gehört auch, noch mal kurz zu skizzieren, wie es dazu kam, dass wir jetzt beieinander sitzen. Ich bin Ihnen allen erst einmal sehr dankbar, auch den Zuhörern, dass Sie heute da sind. Das ist ja ein kontroverses Thema, das uns schon seit längerer Zeit verfolgt. Herr Buchholz hat das Datum 2005 eingeworfen. Ich bin auch dem VDBG und der IHK insofern dankbar, weil sie schon vor einem Jahr eine Diskussion, bei der IHK damals, angestoßen haben, die aus meiner Sicht fruchtbar war, aber noch nicht zu dem Ergebnis geführt hat, das sich die Beteiligten wahrscheinlich gewünscht hätten. Die Konsequenz ist, dass wir heute wieder zusammensitzen. Es ist Aufgabe und Verpflichtung für uns zugleich, dem Thema stärker zu begegnen und es nicht nur in Phrasen enden zu lassen.

Es gibt ja zumindest auch ein paar positive Fazits aus dem Runden Tisch Grundwassermanagement, nämlich dass es nicht die Lösung, sondern viele individuelle Lösungen geben wird. Mit den kleinen Projekten wurde schon ein bisschen was auf den Weg gebracht, aber das reicht – das ist ein offenes Geheimnis – der CDU-Fraktion noch nicht aus. Deswegen sind wir sehr gespannt auf die Anhörung und auf die gemeinsame Diskussion und erhoffen uns dann auch von der Senatsseite Reaktionen, damit die Menschen, die betroffen sind, nicht weitere drei, vier oder zehn Jahre warten müssen, sondern sich gemeinsame Lösungen abzeichnen, die im nächsten Jahr vielleicht konkreter werden, als es bisher der Fall war.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön! – Dann kommen wir jetzt zu den Anzuhörenden. – Herr Ohm, Sie haben das Wort!

Peter Ohm (Verband Deutscher Grundstücksnutzer e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Senator! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich bedanke mich erst einmal für die Möglichkeit, dass wir heute als Anzuhörende dieses doch kontrovers diskutierte Thema auf die Tagesordnung bekommen haben, und da gilt mein besonderer Dank, bei aller Kritik, die jetzt folgen wird, natürlich den beiden Fraktionen, die das angeschoben haben, insbesondere Herrn Buchholz und Herrn Freymark. Ich gehe davon aus, dass Sie diese 171 Seiten des Abschlussberichtes nicht nur intensiv gelesen, sondern regelrecht studiert haben, denn wenn man ihn sich zu Gemüte führt, dann tauchen doch sehr viele Fragen auf. Wir haben unsere Stellungnahme zu diesem Abschlussbericht bereits am 29. April 2013 geliefert. Er hat an Aktualität bis zum heutigen Tage nichts verloren. April 2013, Mai 2015, zwei Jahre sind ins Land gegangen, ohne dass die Gespräche mit den Interessenvertretern, aber auch den Betroffenen am Runden Tisch zu irgendwelchen Erfolgen geführt hätte. Das ist bedauerlich, aber vielleicht schaffen wir es mit der heutigen Veranstaltung, dieses Thema noch einmal in eine intensivere Diskussion zu führen, die dann auch mit entsprechenden Ergebnissen endet.

Wir hatten, und das können Sie gerne noch einmal nachlesen, in unserer Stellungnahme, und das ist auch gleich die Antwort auf Herrn Buchholz, deutlich gemacht, dass wir diese Problematik der siedlungsverträglichen Grundwasserstände als Daseinsvorsorge des Staates sehen. Dieses Problem ist in Einzelfällen gar nicht lösbar, wenn Sie sich z. B. in Mitte die dichte Bebauung um den Boxhagener Platz angucken. Wir haben uns vor Ort Gebäude angeschaut, wo eine Kellervernässung dazu geführt hat, dass eine Steganlage im Keller gebaut werden musste. Der „Berliner Kurier“ hatte darüber berichtet. Da fragt man sich: Wie soll ein einzelner Grundstücksbesitzer dieses Problem lösen? Das heißt, hier muss das Land Berlin regulieren und vor allen Dingen auch mit finanzieller Unterstützung, das will ich nicht verhehlen, eingreifen. Deswegen auch in unserer Stellungnahme zum Abschlussprotokoll des Runden Tisches die klare Aussage unsererseits, dass wir diesem Abschlussprotokoll nicht zustimmen konnten, weil in diesen Bericht diese Aspekte, die zutage getreten sind, die auch diskutiert wurden, nicht eingeflossen waren. Zu den gesunkenen Trinkwasserständen: Seit 1990 hat sich der Wasserverbrauch nahezu halbiert. Das Wegbrechen vieler Industriezweige, aber auch der Wassersparwahnsinn, der sicherlich in wasserarmen Regionen sehr sinnvoll und richtig, aber für Berlin völlig unangebracht ist, hat zu dieser dramatischen Situation geführt. Das wird in diesem Abschlussbericht negiert. Die Schuld bzw. die Anforderung, diese Problematik zu bewältigen, wird allein den Grundstückseigentümern zugesprochen.

Ich verweise in dem Zusammenhang auch auf die gemeinsame Stellungnahme von IHK, BBU und VDBG und anderen Verbänden in Berlin, die ebenfalls mit dem Fazit endet, dass man diesem Abschlussbericht nicht zustimmen kann. Und wenn diese doch in Berlin maßgeblichen großen Verbände zu diesem Ergebnis kommen, dann sollte man sich schon fragen, warum diejenigen, die sich mit diesen Themen, ob es die IHK, die Mitgliedsunternehmen der BBU oder unsere Mitglieder waren, sehr intensiv beschäftigt haben, diesem nicht zustimmen können.

Ich verweise auch auf die Einzelstellungen, die aus den einzelnen betroffenen Gebieten wie Rudow, Kaulsdorf, Mahlsdorf und auch Johannisthal gekommen sind, die teilweise – so wie die Stellungnahme aus Johannisthal – auf die Gefahr hingewiesen haben, dass eine Ver-

ringerung der Förderkapazitäten oder Außerbetriebnahme des Wasserwerks Johannisthal zu dramatischen Folgen führen wird, oder, wie im Prinzip in Kaulsdorf, Mahlsdorf und Biesdorf befürchtet wird, dass bei der jetzigen Situation ein Abschaffen der sogenannten Grundwassersteuerungsverordnung nicht angebracht wäre – das war ein Vorschlag der damaligen Senatsverwaltung –, weil hier doch entsprechende Regelungen enthalten sind.

Wie gesagt: Ablehnung gibt es von allen Seiten zu diesem Abschlussprotokoll. Warum ist das so? – Wir haben mittlerweile ein umfangreiches Schadensbild zu verzeichnen. Ich fange bei den öffentlichen Gebäuden an. Sehr prominent natürlich das Bundesratsgebäude, das Rote Rathaus, aber auch die Probleme beim Tunnelbau der U-Bahn und auch beim Staatsopernbau, der Rekonstruktion dort mit den entsprechenden Problemen im Pfahlbereich. All das kostete und kostet sehr viele Steuergelder, und Ursache sind auch die zu hohen Grundwasserstände in Berlin.

Wie ist der Fakt? – Herr Buchholz hatte das schon genannt. Von den Senatsverwaltungen ist die Zahl der Betroffenen mit 190 beziffert worden. Wir haben uns eine kleine Rechenaufgabe gestellt und aus den schriftlichen Anfragen aus dem Zeitraum von 2013 bis 2015 nur bezüglich der Gebäude des Landes Berlin und der Wohnungsgesellschaften eine Summe von 1 228 ermittelt. In dieser Summe ist noch kein privates Eigenheim, kein Doppel- oder Mehrfamilienhaus im Innenstadtbereich enthalten. Es ist schwierig, und auch das hat Herr Buchholz bereits erwähnt, die tatsächlichen Zahlen auf den Tisch zu legen, weil viele mit diesen Problemen nicht an die Öffentlichkeit treten wollen, weil sie befürchten, dass zu den Schäden an ihrem Gebäude dann auch noch ein massiver Wertverfall bei einer eventuellen Veräußerung der Immobilie kommen könnte, und das führt dazu, dass man lieber schweigt und versucht, das Problem anderweitig zu lösen, was aber oftmals gar nicht möglich ist.

Ich hatte es schon angesprochen. Wir haben im April 2013 die Vorlage zum Abschlussbericht bekommen. Es hat dann 16 Monate gedauert, bis August 2014, ehe dieses Protokoll dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde. Bis zum heutigen Datum der Anhörung sind noch einmal neun Monate vergangen. Satt 25 Monate sind ins Land gegangen, um über ein Protokoll zu reden bzw. darüber abzustimmen, was vom Inhalt her nicht das wiedergibt, was die Ansprüche aus dieser Problematik eigentlich erfordern. So kann und darf es nicht weitergehen. Ich appelliere an alle Fraktionen, sich mit dem entsprechenden Nachdruck dazu zu bekennen – so, wie auf der gemeinsamen Veranstaltung, die IHK, VDBG und BBU vergangenes Jahr durchgeführt haben, wo wir gezeigt haben, dass unsere Forderung, eine ständige Grundwasserkonferenz unter einer neutralen Leitung einzurichten, doch ein Punkt wäre, um diesem Problem mit einer entsprechenden Weitläufigkeit und dem entsprechenden Anspruch zu begegnen.

Wir haben auf dieser Veranstaltung deutlich machen können, dass es doch möglich ist, wenn man über die Landesgrenzen hinausschaut. Die umweltpolitischen Sprecher der Fraktionen waren an dieser Veranstaltung Teilnehmer und haben gehört, wie man in Sachsen-Anhalt mit einem flächendeckenden Instrument umgeht, dass dort ein Fonds von 30 Millionen Euro aufgelegt wurde, dass man im Dresden in Zusammenhang mit dem Grundwassermanagement Vorsorge trifft und dass man in Hessen, z. B. im Westwaldprojekt, ein ganzheitliches Grundwassermanagement betreibt.

Abschließend eine Bemerkung zur Gesundheitsgefährdung, die auch nicht zu unterschätzen ist: Dort, wo durchnässte Keller sind, haben wir das Problem von Schimmelbildung. In Rudow gibt es ein entsprechendes Gutachten, wo eindeutig gesagt wird: Würde es sich um ein öffentliches Gebäude handeln, wäre die Nutzung dieses Gebäudes dort bereits untersagt worden, weil es gesundheitsgefährdend ist.

Es nutzt Berlin nicht viel, aber es ist ein interessantes Zeichen, dass auch München seit Kurzem ein Grundwasserproblem hat. Dort ist es durch die Verdichtung des Untergrunds durch viele Bautätigkeiten auch zu einem entsprechenden Anstieg gekommen. Anders als in Berlin hat man dort sofort begonnen, mit entsprechenden Gutachten darauf zu reagieren. Auch die Presse ist sehr schnell auf das Thema gekommen. Man hat dann geschaut: Was macht die Hauptstadt? Ein Team der ARD-Sendung „Report München“ hat sich dieser Problematik in Berlin angenommen und untersucht bzw. sich berichten lassen, wie die Erfahrungen sind. Ich denke, wenn wir weiter vor uns herträumen bei diesem Thema, wird uns München wieder vormachen, wie es geht. Wenn Sie dieser Beitrag interessiert, er kommt am 9. Juni 2015 in der ARD, „Report München“. Er bringt viel zu Berlin, aber auch zu der Thematik, was in München gerade passiert. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Als Nächster Herr Dierks von der IHK, bitte!

Hauke Dierks (Industrie- und Handelskammer Berlin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrter Herr Senator Geisel! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung! Herr Ohm hat schon einiges angesprochen. Ich hatte eigentlich gehofft, dass Herr Feddern anfängt, dann hätten wir uns eine Einleitung hinsichtlich der Gründe der steigenden Grundwasserstände sparen können. Das würde ich überspringen und dann auf Herrn Feddern warten.

Ein ganz wichtiger Mangel der Diskussion, sowohl am Runden Tisch „Grundwasser“ als auch bis heute, ist das Fehlen ausreichender Tatsachen darüber, wie sich das Problem eigentlich darstellt. Wir wissen zwar sehr gut, um wie viel der Grundwasserspiegel in den vergangenen Jahren gestiegen ist und an welchen Stellen er steigt. Was wir bis heute nicht wissen, ist, wie sich das als Konsequenz auf die Gebäude in der Stadt auswirkt. Wir haben deshalb im vergangenen Jahr, weil wir selber endlich einmal eine etwas bessere Einschätzung darüber haben wollten, was das für eine Bedeutung für die Gebäude hat, ein Gutachten in Auftrag gegeben, das uns eine erste grobe Schätzung gegeben hat. Es hat ergeben, dass auf 33 Quadratkilometer oder umgerechnet 9 Prozent der Bebauungsfläche Berlins so hohe Grundwasserstände vorherrschen, dass Gebäude ernste Probleme bekommen könnten, so sie für ihre Keller technisch nicht ausreichende Vorkehrungen getroffen haben. Das ist ungefähr das wesentliche Ergebnis der Gutachter. Bei diesen 10 Prozent treffen Sie nicht jedes Gebäude mit Schäden an, sondern das stellt sich sehr unterschiedlich dar. Experten schätzen, und da gehen die Meinungen sehr weit auseinander, ungefähr 10 Prozent. Wenn sie das deswegen über den Daumen peilen, gehen sie von konservativ 1 Prozent der Gebäude in Berlin aus, die Vernässungsschäden aufweisen. Es war uns wichtig, das einmal klarzustellen. Umgerechnet auf 550 000 Gebäude wären das zwischen 5 000 und 6 000 Gebäuden bei einer konservativen groben Schätzung. Das möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen. Das war auch unser Anlass damals in der Grundwasserkonferenz, zu diesem aus unserer Sicht schwerwiegenden Mangel der Diskussion, dass wir uns zwischen dramatischen Zustandsbeschreibungen bewegen – einerseits, dass

die ganze Stadt absaufen würde und auf der anderen Seite Äußerungen, dass es um weniger Einzelfälle gehen würde. –, eine etwas bessere Einschätzung geben zu können. Trotzdem noch einmal: Das sind grobe Schätzungen gewesen. Andere Kommunen in Deutschland sind da sehr viel weiter, weil man sehr viel umfassendere Untersuchungen machen und sehr viel mehr tun kann, um die Kenntnis darüber zu erlangen, wo und welche Probleme vorherrschen und womit wir uns eigentlich auseinandersetzen.

Die Schäden in dieser Kategorie sind auch sehr unterschiedlich. Die Problemkonstellationen können sich vielfältig, sowohl was die Gründe als auch was die technischen Probleme oder Schadensbilder angeht, darstellen. In Gewerberäumen sind es überwiegend Lagerflächen oder technische Anlagen, die dann nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr nutzbar sind. Es gibt aber auch Probleme an Gebäudesubstanzen und Ähnliches. Viele, gerade Gewerbetreibende, wenn sie diese Räume nutzen wollen, müssen natürlich Vorkehrungen treffen oder haben diese schon getroffen. Auch da gibt es ein ganz unterschiedliches Bild, wie das bisher vonstattengeht. Die wichtigste Botschaft ist, erstens: Wir wissen noch nicht genug aus unserer Sicht, – und zweitens: Die Probleme und Lösungsmöglichkeiten sind so vielfältig, dass man nicht einfach sagen kann: Eine Schablone für alle. Es ist jetzt ganz einfach zu lösen.

Wir hatten in der Vergangenheit zum einen den Runden Tisch „Grundwasser“. Da hatte Herr Ohm gerade schon ausgeführt, dass die Beteiligten nicht besonders glücklich waren, wie das Prozedere abgelaufen ist und wie die Kommunikation während des Prozesses und auch nach dem Prozess durchgeführt worden ist. Was aber seit der Grundwasserkonferenz, da ist das zumindest für uns das erste Mal zur Sprache gekommen, sehr positiv zu bewerten ist, ist, dass der Senat mit Ihrer Initiative die Pilotprojekte gestartet hat, genauso wie weitere Aktivitäten. Seitdem stehen wir in einem sehr engen und positiven Kontakt mit der Senatsverwaltung, z. B. über die Frage, wo solche Pilotprojekte stattfinden können, welche Maßnahmen in solchen Pilotprojekten durchgeführt werden können und welche weitere Maßnahmen möglich sind. Beispielsweise wurde erwähnt, dass man ein Darlehensprogramm bei der IBB prüft. Das waren Punkte, die auch in unserem Forderungspapier damals zum Runden Tisch standen, und das ist aus unserer Sicht durchaus positiv zu bewerten. Das darf aber, das ist uns auch wichtig, nicht alles sein. Das muss weitergehen.

Herr Buchholz! Sie hatten nach den Gewerbegebieten gefragt. – Wir stehen seit Sommer vergangenen Jahres in engem Kontakt. Wir haben etwa 450 Unternehmen dazu angeschrieben, zum einen, weil wir mit der Senatsverwaltung zusammen ausgelotet haben, wo mögliche Gebiete wären. Wir haben mit vielen Unternehmen telefoniert. Wir selbst kennen ungefähr 50 Unternehmen mit Problemen. Die Konstellation bei diesen Unternehmen sieht aber sehr unterschiedlich aus. Die Frage der Pilotprojekte ist in den Fällen jedes Mal sehr schwierig. Einige Unternehmen brauchen an der Stelle diese vorgeschlagene Hilfe nicht. Andere Unternehmen wollen die Hilfe aufgrund ungeklärter Eigentumsverhältnisse oder Ähnlichem nicht. Trotzdem haben wir eine Reihe von Unternehmen besucht und auch identifiziert, die sich für Pilotprojekte eignen würden. Es ist nur so, dass wir wahrscheinlich kein Industriegebiet auswählen würden, wo wir sagen: Hier haben wir 50 Fälle, die nebeneinanderliegen, und da lohnt es sich, einen Brunnen zu bohren. Das werden wir vermutlich nicht finden, aber wir haben eine Reihe von Unternehmen identifiziert, wo man Maßnahmen durchführen kann. Wir können das nachher aber noch einmal vertiefen, wenn Sie dazu noch genauere Informationen haben möchten.

Um das noch einmal zusammenzufassen – erstens: Wir sehen es sehr positiv, dass im vergangenen Jahr Maßnahmen wie Pilotprojekte oder Darlehensprogramme eingeleitet wurden. Wir wissen bei solchen Planungen, sowohl was Pilotprojekte als auch weitere Maßnahmen angeht, nach wie vor nicht genau, wo eigentlich die Probleme liegen und welche Lösungen dafür auf dem Tisch liegen können, denn – das hat beispielsweise die Grundwasserkonferenz gezeigt, wo wir verschiedene Experten aus anderen Bundesländern hatten – es gibt keine Schablone für eine Lösung solcher Probleme, sondern jedes Projekt, das wir dort vorgestellt bekommen haben, hat ganz unterschiedliche Probleme und auch ganz unterschiedliche Lösungswege gefunden. Auch darüber können wir noch einmal reden. Das ist mein erster Punkt, dass wir kein ausreichendes Wissen haben.

Zweitens: Wir müssen auch an alternative Lösungen denken. Bisher wird meistens entweder über Abdichten oder Pumpen gesprochen. Herr Feddern wird sicherlich gleich vorstellen, dass wir es mit den Wasserwerken wohl nicht mehr schaffen werden, das Problem zu lösen. Auch da müssen wir auf dezentrale Lösungen schauen. Wir müssen schauen: Was kann man z. B. mit Grundwasser machen? Herr Buchholz, Sie haben bei der Grundwasserkonferenz ein Schwimmbad genannt, das Wasser fördert und damit gleichzeitig die technischen Anlagen im Keller des Gebäudes trocken hält. In Mailand gibt es den Bosco Verticale, ein Gebäude, das einen ganzen Wald um sich herum bewässert und damit das Gebäude trocken hält. Wir müssen also Grundwasser in den Fällen, wo es Gebäude bedroht, auch als Ressource verstehen. Man kann damit heizen, man kann damit kühlen, man kann damit bewässern. Wir haben eine Reihe von möglichen alternativen Maßnahmen außer dieses reine Pumpen und Abdichten.

Das Letzte ist bis heute gar nicht zur Sprache gekommen: Wir haben in Berlin eine Reihe von rechtlichen Rahmenbedingungen, die beispielsweise die Grundwasserförderung im Baubereich erschweren. Das Wichtigste ist das Grundwasserentnahmeentgelt. Das ist in Berlin – das wissen Sie alle – das höchste in Deutschland. Das könnten Sie zum einen senken, ohne dabei den Haushalt zu belasten. Auch da gibt es Möglichkeiten. Das können wir gleich auch noch einmal klären. Zum anderen ist es für Sie eine relativ einfache Maßnahme, das zu senken. – Ich danke Ihnen!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Krauß, Sie haben das Wort!

Manfred Krauß (BUND Berlin): Herr Senator! Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Abgeordnete! Ich danke für die Einladung. Ich stelle fest, dass man in der gleichen Stadt zwei völlig unterschiedliche Probleme haben kann, nämlich einmal zu viel Grundwasser und an anderer Stelle viel zu wenig Grundwasser. Das eine wird vielleicht etwas lauter betont, das andere etwas weniger laut. Wir haben das Problem aus Naturschutzsicht, aus Verbändesicht, dass seit Langem, seit Beginn der Trinkwasserförderung, dort, wo Trinkwasser gefördert wird, die Wasserstände viel zu tief sind, und das ist dort, wo unsere Naturressourcen sind, im Bereich der Wälder, der Moore und auch der Gewässerufer. Die Ursachen für diese unterschiedliche Wahrnehmung sind darin begründet, dass wir eine sehr unterschiedliche Topografie in Berlin haben – ob man auf der Hochfläche oder im Urstromtal liegt. Inzwischen sind die Grundwasserstände auch dadurch angestiegen, dass wir natürlich nicht mehr so raubbaumäßig mit dem Grundwasser umgehen. Der Trinkwasserverbrauch ist gesunken, was wir aufs Schärfste begrüßen. Wir begrüßen auch jeden weiteren Kubikmeter, der eingespart wird. Da stehen wir in völligem Gegensatz zu dem, was hier geäußert wurde. Der gesamte Trinkwasserverbrauch geht auf Kosten der Landschaftsschutzgebiete, weil die Trinkwasserförderung dort abläuft.

Das sehen wir gerade in der Diskussion um die Genehmigungsverfahren für die Wasserbetriebe. Es wird immer noch viel zu viel in empfindlichen Gebieten, gerade in FFH-Gebieten, Trinkwasser gefördert.

Wir haben bei den Großbaumaßnahmen in der Vergangenheit geaast. Das ist in der Zwischenzeit reduziert worden. Ein wesentlicher Faktor, der nicht mehr zurückzudrehen ist, der aber letztendlich auch für die Situation in der Stadt eine Mitverantwortung trägt, ist die Stauhaltung von Spree und Havel. Die ist schon tausend Jahre alt und hat natürlich das Grundwasserregime in der Stadt prinzipiell verändert. Dazu kommt, dass wir die Stadt zum großen Teil – wir sehen das heute überhaupt nicht mehr, weil alles überbaut ist – in einer Flussaue erbaut haben, die unter normalen Umständen zwischen Hoch- und Niedrigwasser pendeln würde. Das haben wir durch die Verbauung des Gewässers und die Stauhaltung völlig verändert. Wir haben durch die Stauhaltung, z. B. im Bereich oberhalb der Mühlendammschleuse, relativ konstante Grundwasserstände, die sich im Jahreswechsel nicht mehr bewegen können, wie es in einem natürlichen Flussgebiet wäre. Wenn ich mir die Grundstücke mit Vernässung angucke, befinden sie sich tatsächlich zum größten Teil oberhalb der Schleusenhaltung im Urstromtal. Das hat schon einen gewissen Zusammenhang.

Seit Beginn der Trinkwasserförderung gibt es in Berlin massive Probleme mit zu wenig Grundwasser. Ich erinnere nur an zwei Beispiele, um das noch einmal klarzustellen: Die Grunewaldseen wären ohne künstliche Wasserzufuhr nur noch Schlammputzen, so stark ist der Grundwasserspiegel im Grunewald durch die Trinkwasserförderung abgesunken. Im Spandauer Forst muss der Grundwasserhaushalt aufwendig durch die Vernässung der Kuhlake halbwegs stabilisiert werden. Das ist längst nicht ausreichend. Diese Beispiele sollen genügen, um zu zeigen, dass es im Außenbereich, im Bereich der Trinkwasserförderung, massive Probleme gibt. Diese Probleme kollidieren mit den gesetzlichen Vorgaben, die einen guten Zustand des Grundwassers fordern. In den FFH-Gebieten, z. B. Spandauer Forst oder Friedrichshagen, wird es auf Dauer so nicht weitergehen, das heißt, dort wird man stabile Grundwasserstände einstellen müssen. Darauf müssen sich die Wasserbetriebe möglicherweise auch einrichten. Diese Forderung nach flächendeckendem Grundwassermanagement und Grundwasserabsenkung, wie es von der IHK teilweise formuliert und jetzt etwas zurückgenommen wurde, steht oppositionell gegenüber der Berliner Strategie zur biologischen Vielfalt, die grundsätzlich auf einen stabilen und langfristigen, gleichmäßig und mengenmäßig und ökologisch guten Zustand des Grundwassers abzielt. Ironischerweise ist die IHK Mitglied in diesem Beirat zur biologischen Vielfalt.

Fazit ist, aus dem was jetzt passiert: Wir haben einen geringen Trinkwasserverbrauch. Wir haben Wassersparmaßnahmen. Wir gehen mit dem Grundwasser generell in der Innenstadt nicht mehr so um. Dieser Grundwasseranstieg, den wir im Augenblick sehen, ist nur ein Wiederanstieg in Richtung natürliche Verhältnisse. Damit ist das Problem klar. Nach dem allgemeinen Grundrecht müssen Grundstücke und Gebäude aus unserer Sicht immer so ausgerichtet und abgedichtet sein, dass sie damit keine Probleme haben. Die Gesetzeslage ist nach § 13 Bauordnung eindeutig. Im Augenblick ist es so, dass wir das erst einmal so sehen. Es gibt aus dem Papier des Runden Tisches immer wieder den Hinweis auf die Gesamtzahl dieser Grundstücke, und es gibt einzelne spektakuläre Beispiele, aber es gibt nach meiner Kenntnis keine Bilanzierung. Ist das im Keller mit abplatzender Farbe oder leichter Durchfeuchtung, oder ist

es tatsächlich so, wie es gerade gesagt wurde, dass da Steganlagen errichtet werden müssen? Hier fehlt aus meiner Sicht, um auch ein abschließendes Urteil fällen zu können, eine Bilanz, eine Bestandsaufnahme, was tatsächlich an Schäden aufgetreten ist.

Die Forderungen nach einem generellen Grundwassermanagement oder einer flächendeckenden Grundwasserabsenkung sind aus unserer Sicht keinesfalls nachhaltig. Sie kollidieren mit den EU-Vorgaben zur Wasserrahmenrichtlinie, zur Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und dem Naturschutzrecht. Sie gefährden die Erreichung der Strategie zur biologischen Vielfalt, um die an das Grundwasser gebundenen Ökosysteme stabil zu halten. Sie müssen durch eine UVS, erstens, untersucht und letztendlich im Rahmen einer UVS behandelt werden.

Ein weiterer Punkt, den wir nicht vergessen sollten, ist: Steigende Grundwasserstände haben für die Innenstadt auch durchaus positive Auswirkungen. Gerade im Hinblick auf die Vegetation, die Straßenbäume und die Parkanlagen sind hohe Grundwasserstände förderlich für die Vitalität dieser Anlagen, und das besonders im Hinblick auf die zu erwartende Klimaerwärmung. Wir haben eine höhere Transpiration, wenn die Bäume einen guten Wasseranschluss haben. Nicht zuletzt gibt es den Appell, in trockenen Sommern die Straßenbäume zu gießen, weil sie von der Wasserversorgung abgeklemmt sind. Genau das erreichen wir im Hinblick auf die zu erwartenden steigenden Temperaturen. Der StEP Klima beschreibt das sehr ausführlich, und ich kann das auch nur so unterstreichen.

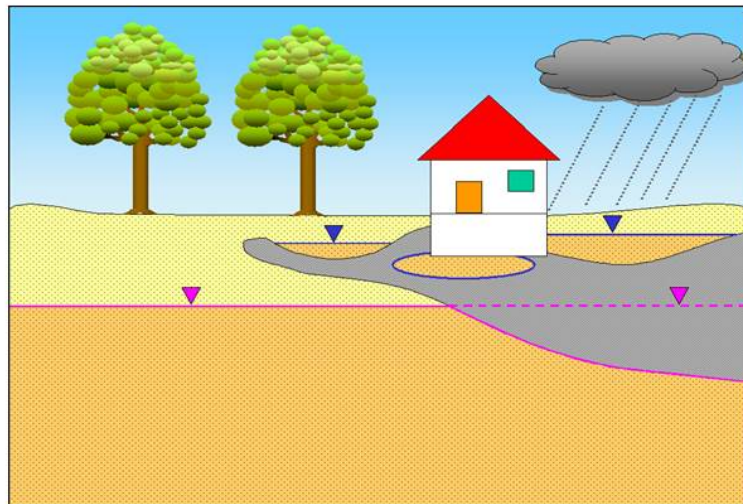
Fazit: Aus Sicht der Naturschutzverbände gibt es in Berlin bislang kein Problem mit zu viel Grundwasser. Es gibt vielleicht lokale Probleme, die ich nicht wegreden will. Es gibt aber nach wie vor eher ein Problem mit zu wenig Grundwasser. Deshalb fordern wir den Senat auf, sich auf keinen Fall darauf einzulassen, ein Grundwassermanagement mit flächendeckender Grundwasserabsenkung durchzuführen, sondern, wenn Betroffene tatsächlich ein Problem haben, das im Einzelfall zu lösen. Das Ideale wäre für uns die lokale Lösung mit Abdichtung und nicht, den Grundwasserhaushalt flächendeckend in der Stadt zu beeinflussen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Herr Feddern, Sie sind als Letzter an der Reihe.

Jens Feddern (Berliner Wasserbetriebe): Sehr geehrter Herr Senator! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich würde gerne etwas über Grundwasserstände und Wasserwerke erzählen und Ihnen ein paar Grundlagen und Hintergründe darlegen. Dazu habe ich eine Präsentation vorbereitet, die Sie im Hintergrund sehen. Ich würde auch gleich zur ersten Folie übergehen.



Grundwasser in Berlin Hauptgrundwasserleiter und Schichtenwasser



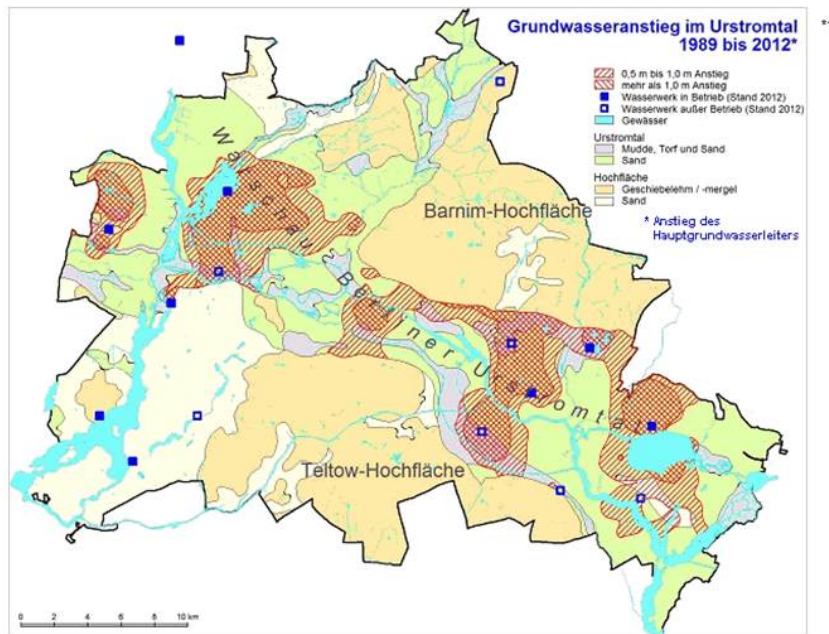
16.06.2015

Grundwassermanagement in Berlin

3

Sie sehen hier eine Skizze durch unseren Boden. Man sieht eine Magentalinie. Das ist das Grundwasser, das die Berliner Wasserbetriebe zur Trinkwasserbereitstellung nutzen. Das ist also unser Grundwasser. Dieser Grundwasserleiter in Berlin ist in einigen Gegenden abgedeckt. Das ist das graue Feld. Das sind Schichten, die wasserundurchlässig oder schwer durchlässig sind. Das bringt dann das Problem mit sich, dass das Wasser, wenn es Niederschläge gibt, nicht schnell genug eindringen kann, und es bilden sich dann kleine Seen oder Vertiefungen, in denen sich Wasser sammelt. Dieses sogenannte Schichtenwasser kann auch dafür ursächlich sein, dass es zu Vernässungsschäden kommt.

Grundwasseranstieg im Berliner Urstromtal von 1989-2012



*1) SenStadtUm: Runder Tisch Grundwassermanagement. Abschlussbericht zur Vorlage an das Abgeordnetenhaus, S. 8

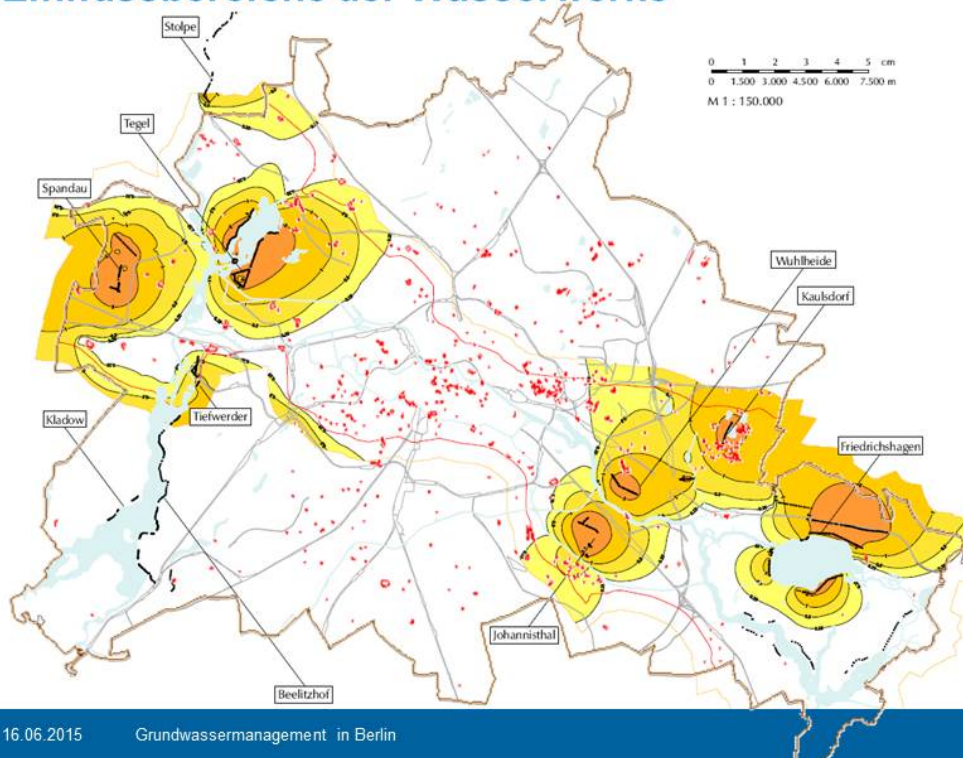
16.06.2015

Grundwassermanagement in Berlin

4

Wir finden solche Regionen, wo der Grundwasserleiter abgedeckt ist, im Wesentlichen in unseren Hochflächen, im Norden die Barnim-Hochfläche, im Süden die Teltow-Hochfläche. Da kommt es dann eher zu dem Schichtenwasser. Was Sie hier sehr schön sehen können: Das Urstromtal, das die beiden Hochflächen durchschneidet, sind eher die sandigen Region, wo im Prinzip die Hochflächen entwässern. Da ist das Problem des steigenden Grundwassers am größten. Ich habe einmal die Zahlen mitgebracht: Von 1989 bis 2012 ist in dieser Region das Grundwasser massiv angestiegen. Das hat damit zu tun, dass der Wassergebrauch stark zurückgegangen ist. 1989 lag er immerhin noch bei 366 Millionen, heute liegt er bei 200 Millionen. Ich habe auch die intakten Wasserwerke eingezeichnet, die wir betreiben. Das sind diese blauen Kuller. Dann gibt es noch Kuller mit einem weißen Punkt. Das sind die Wasserwerke, die abgeschaltet sind und heute nicht mehr fahren. Ich kann schon einmal sagen, das Wasserwerk Johannisthal steht. Es wurde vorhin gesagt: Das betreiben wir. – Nein, das betreiben wir nicht. Da steht eine Grundwassersanierungsanlage, aber für die Wasserversorgung ist das Wasserwerk Johannisthal außer Betrieb.

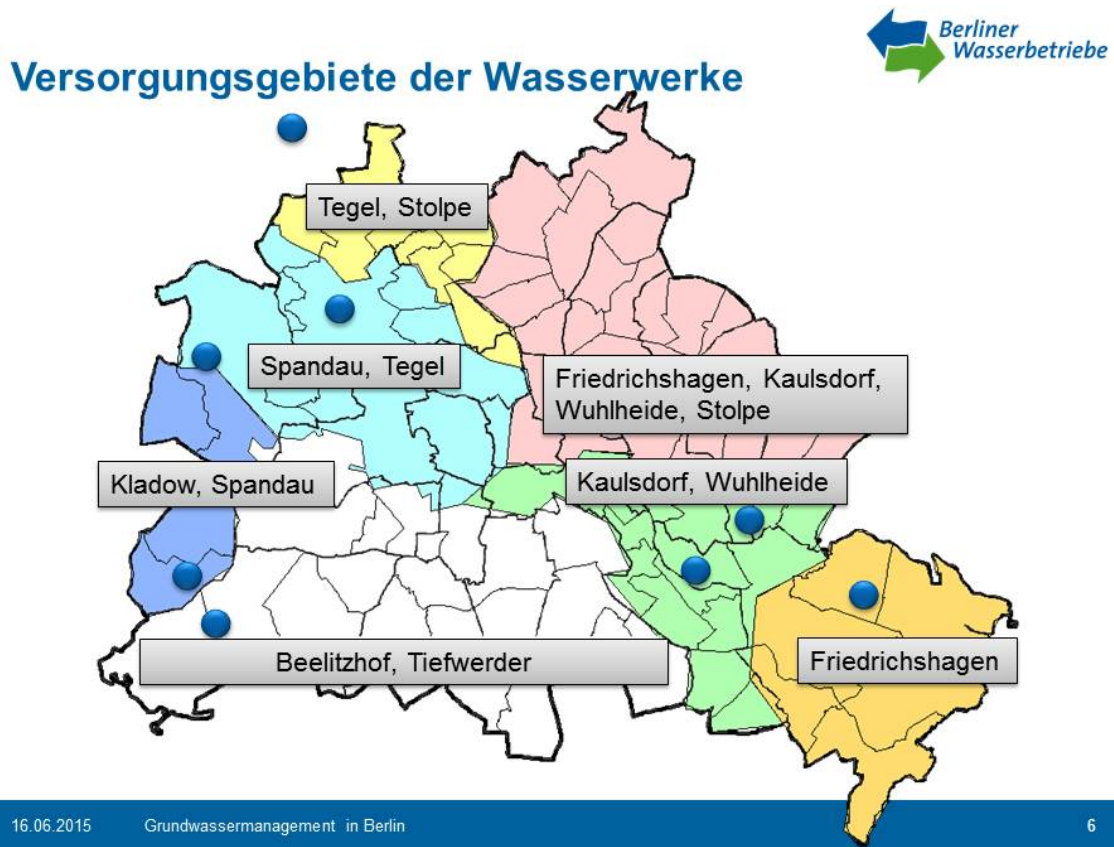
Gemeldete Vernässungsschäden und Einflussbereiche der Wasserwerke



16.06.2015 Grundwassermanagement in Berlin

5

Das ist der Einflussbereich, den wir als Wasserbetriebe haben. Sie sehen hier sogenannte Absenktrichter. Die sind orange und gelb markiert. Ich werde einmal den Tegeler Bereich herausnehmen. Da sieht man dann einmal den orangefarbenen Bereich. Da haben wir einen Absenktrichter, der immerhin 2 Meter groß ist. Wenn man dann weiter zum Rand kommt, ist es dann 1 Meter und in den Randbereichen nur noch wenige Zentimeter. Der Durchmesser eines solchen großen Absenktrichters ist dann schon einmal bis 6 Kilometer. Wenn ich die Vernässungsschäden, die gemeldet worden sind, auf diese Karte lege, dann werden Sie sehen, dass die meisten sich im Urstromtal befinden. Das ist erwartet worden. Man sieht schon, dass der Einflussbereich der Wasserwerke eher gering ist.



Hier noch einmal eine etwas andere Darstellung. Es sind auch wieder die Wasserwerke eingezeichnet. Wir befinden uns heute in Mitte, im Abgeordnetenhaus, und Sie bekommen das Wasser aus Kaulsdorf, Wuhlheide und zum Teil aus Friedrichshagen. Diese Grenzen, die sich ergeben, die die Wasserwerke versorgen, sind nicht sehr verschiebbar. Das heißt, selbst wenn man jetzt die Idee hätte und würde sagen: Friedrichshagen wird von der Menge her ganz hochgefahren –, dann wäre das Netz der limitierende Faktor. Ich werde gar nicht so viel Wasser los, dass ich das Wasserwerk hochfahren könnte. Das hängt mit den Druckverhältnissen im Netz zusammen.

Möglichkeiten des Grundwasserstandsmanagements der BWB



- Absenktrichter der Wasserwerke vor allem im süd-östlichen und nord-westlichen Urstromtal, Förderung aus dem Hauptgrundwasserleiter
→ Hochflächen und zentrale Bereiche Berlins liegen außerhalb der Einflussbereiche der Wasserwerke
- Grundwasserförderung und -anreicherung beeinflussende Faktoren:
 - Wasserbedarf der Berliner Bevölkerung,
 - Grundwasserdargebot, klimatische Verhältnisse,
 - Leistungsfähigkeit der Brunnengalerien und Wasseraufbereitung,
 - Möglichkeiten der Wasserverteilung im Rohrnetz,
 - Qualitative Einschränkungen (z.B. Altlasten),
 - Auswirkungen auf Schutzgüter (Naturschutzgebiete, Bauwerke etc.)
- Im Rahmen des Versorgungsauftrages ist für die BWB Grundwasserstandsmanagement nur innerhalb enger Grenzen möglich

Man konnte sehen, dass wir die Hochflächen und zentrale Bereiche Berlins mit unseren Wasserwerken schlichtweg nicht erreichen. Insofern ist hier eine Grundwasserhaltung über die Wasserbetriebe nicht möglich. Die Grundwasserförderung wird von einer Vielzahl unterschiedlichster Faktoren beeinflusst. Das Grundwasser ist da natürlich eine wichtige Größe. Es gibt aber auch qualitative Einschränkungen. Denken Sie an Altlasten. Es gibt auch Schutzgüter, gerade auch angesprochen, den Naturschutz, den es zu beachten gilt. Insofern kann ich sagen, dass im Rahmen unseres Versorgungsauftrages der BWB ein Grundwasserstandsmanagement nur innerhalb enger Grenzen möglich ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und für Fragen stehe ich selbstverständlich zur Verfügung!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön! – Die werden auch mit Sicherheit kommen. – Herr Gaebler, Sie haben das Wort!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Anzuhörende! Das Thema beschäftigt uns gemeinsam schon länger. Wir hatten deshalb auch gesagt, dass am Runden Tisch „Grundwasser“ alle möglichen Lösungen, alle Themen, alle Meinungen dazu vorgebracht werden können und sollen. Das ist auch passiert. Insofern finde ich diese pauschale Kritik am Runden Tisch „Grundwasser“ nicht ganz nachvollziehbar. Dass die Ergebnisse und insbesondere die Bewertung seitens des Senats nicht allen gefällt, ist nachvollziehbar, aber ich denke, dieses Dokument, das auch dokumentiert, was Sie alle als Betroffene, als Beteiligte an Meinungen, an Hinweisen, an Vorschlägen haben, ist eine gute Sammlung, die es auch den Abgeordneten

möglich machen soll, sich zu entscheiden, wo der Schwerpunkt liegt, wer für welche Maßnahmen als zuständig betrachtet wird und wie viel Geld am Ende dafür zur Verfügung gestellt wird. Insofern ist es ein richtiger Moment, allen Beteiligten des Runden Tisches dafür zu danken, dass sie sich so intensiv eingebracht haben, auch mit diesen Unterlagen und Erkenntnissen. Es ist jetzt, zugegebenermaßen nach längerer Zeit, die es der Abstimmung innerhalb des Senats bedurfte – ich hätte mir auch gewünscht, dass das schneller bei den Abgeordneten landet –, an der Zeit, darüber zu reden: Wie will das Land Berlin und auch der Haushaltsgesetzgeber, das Parlament, mit diesem Thema weiter umgehen?

Grundsätzlich ist noch einmal dargestellt worden, dass es an bestimmten Stellen Zielkonflikte gibt. Es ist auch noch einmal dargestellt worden, dass es eine Verpflichtung des Eigentümers, des Bauherrn, gibt, für eine entsprechende Abdichtung zu sorgen, sodass es nicht zu Kellervernässungen kommt. Trotz aller Veränderungen beim Grundwasser und Reduzierung der Trinkwasserversorgung und Ähnlichem ist der entsprechende Richtwert nach der Bauordnung bis heute nicht erreicht. Das heißt, jeder, der seinen Keller entsprechend den Regelungen abgedichtet hat, dürfte damit auch keine Schwierigkeiten haben, es sei denn, es sind Baumängel vorhanden gewesen oder der Keller ist nicht richtig abgedichtet. Dass das für die Betroffenen ärgerlich ist, insbesondere, wenn sie das nicht selber gebaut, sondern von anderen übernommen haben, kann ich nachvollziehen. Insofern ist es auch legitim, wenn Herr Ohm als Verbandsvertreter vehement einfordert, dass der Staat einschreiten müsste. Es muss dennoch abgewogen werden: Wo liegt die Ursache? Was gibt es an Lösungen? Wir favorisieren an der Stelle, das haben wir auch in dem Bericht klar gesagt, eher das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe. Das kann zum einen eine nachträgliche Abdichtung sein. Das können zum anderen lokale Grundwasserhaltungen sein, die aber dann auch nicht zwingend staatlich betrieben werden müssen.

Es gab den Hinweis auf den Boxhagener Platz. Gerade am Boxhagener Platz werden wir im Rahmen des Pilotprojektes aufzeigen, dass man sehr wohl über einen Zweckverband, den wir bei der Gründung unterstützen wollen, dann auch von allen Beteiligten, die von einer solchen Maßnahme profitieren, entsprechende Kostenbeteiligungen einfordern und damit den Betrieb einer solchen Anlage wirtschaftlich möglich machen kann. Das ist aus unserer Sicht die zielführende Sache. Es handelt sich hier, wie schon gesagt, nach Schätzung der IHK etwa um 5 000 bis 6 000 Gebäude. Unsere Schätzungen liegen nicht darüber, wenn ich das einmal so sagen darf. Insofern ist es auch nicht so, dass die halbe Stadt abzusaufen droht, wie gelegentlich der Eindruck erweckt wird. Dennoch ist natürlich vor Ort für die Betroffenen nach Lösungen zu suchen. Wir sind bei den Pilotprojekten, die schon angesprochen wurde, soweit, dass wir sagen: Wir machen ein Pilotprojekt im Einfamilienhausbereich in dem besonders betroffenen Rudower Blumenviertel. Wir haben für den Mehrfamilienhausbereich, also Geschosswohnungsbaubereich, den Boxhagener Platz ausgewählt. Beim Industriebetrieb sind wir noch in Abstimmung mit der IHK, weil es in der Praxis nicht ganz so einfach ist – ich formuliere es einmal vorsichtig –, zwischen tatsächlichen Grundwasserschäden, Kellervernässung durch Regenwassereindringung und schlechter Abdichtung und Ähnlichem zu unterscheiden, und, wie Herr Dierks schon gesagt hat, nicht alle Firmen dringend auf unsere Unterstützung warten. Insofern kann man auch da in der Praxis sehen, dass sich das etwas ausdifferenziert.

Der Naturschutz ist für uns ein wichtiges Thema, weil wir als Senatsverwaltung auch für den Naturschutz zuständig sind. Herr Krauß hat gerade dargestellt, dass man auch aufpassen muss, dass man nicht durch die eine Maßnahme an anderer Stelle erhebliche Schäden auslöst. Auch deshalb ist ein differenziertes Vorgehen, ein lokal genau zugeschnittenes Verfahren, die richtige Variante.

Als Letztes nur noch: Einfach zu sagen, das Land Berlin könne problemlos auf Einnahmen verzichten, das kostet uns nichts, muss ich zurückweisen, denn Einnahmen, die man nicht hat, kann man nicht ausgeben. Insofern heißt das, da das Grundwasserentnahmeentgelt ein ganz erheblicher Beitrag bei den Einnahmen des Landes Berlin ist, müsste man entsprechend auf der Ausgabenseite auch Sachen wegfallen lassen. Insofern, Herr Dierks, ist das nicht ganz so einfach, dass das nichts kostet, sondern das hat dann auch Folgen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Herr Buchholz, bitte!

Daniel Buchholz (SPD): Ich habe einige Nachfragen an die Herren. Die Grundwasserkonferenz, die vor einem Jahr war, ist angesprochen worden. Da haben wir – Sie haben es angesprochen, Herr Ohm – aus anderen Bundesländern innovative Ansätze kennenlernen können. Ich fand es sehr interessant, dass sich in anderen Bundesländern, z. B. unter dem Stichwort Abwasser und Bodenverband, als GbR-Gründung lokal Initiativen gegründet haben, die dort als Hilfe zur Selbsthilfe – und das bezwecken wir auch mit den drei Pilotprojekten, die wir als Haushaltsgesetzgeber haben wollten – vor Ort nach Lösungen suchen, die lokal, anders als mit einem großen Wasserwerk, was oftmals nicht die Lösung bringen kann – Herr Feddern hat es angesprochen. Das Problem ist hauptsächlich in anderen Gebieten als da, wo die Wasserwerke überhaupt etwas regeln könnten. Also brauchen wir eine dezentrale, lokale Sicht auf die Dinge, die dann auch lokale Lösungen schafft.

Herr Dierks! Ich habe die Argumente aufgenommen und verstanden, was Sie gesagt haben, dass es bei den Firmen Probleme gibt. Sie konnten letztlich 50 Firmen identifizieren. Als Abgeordneter muss ich trotzdem sagen: Das ist natürlich sehr unbefriedigend. Wir haben vor über anderthalb Jahren gesagt, wir wollen drei Pilotprojekte in Berlin benennen und sind gerade einmal auf zwei gekommen. Das ist schon ein bisschen traurig. Wenn es von der IHK, wenn es von Gewerbe und Industrie keinen so großen Bedarf für das dritte Pilotprojekt im Bereich Industrie und Gewerbe gibt, dann nehmen wir gerne noch ein Geschosswohnungsbaugebiet oder ein Einfamilienhausgebiet, denn meine Geduld ist da schlichtweg am Ende. 50 000 Euro für ein Pilotprojekt ist jetzt auch nicht die große Summe Geld, wo ich erwarte, dass sich die Welt komplett ändert, aber dass sie überhaupt nicht ausgegeben werden können, weil wir ein drittes Gebiet nicht ausgewählt bekommen, finde ich schon ein bisschen traurig. Meine Bitte an die Senatsverwaltung ist: Wenn es offensichtlich keinen Bedarf gibt und die IHK auch nicht in der Lage ist, nach anderthalb Jahren definitiv ein Gebiet zu benennen, dann nehmen wir ein Geschoss- oder Einfamilienhausgebiet. Ich glaube, Herr Ohm würde sich freuen, denn dann haben wir ein drittes Testgebiet. Sonst wäre es schade darum. Wir haben hier mit dem Haushalt eine politische Vorgabe gemacht, die sonst schlichtweg untergeht, was sehr traurig wäre.

Diese ständige Grundwasserkonferenz wurde angesprochen: Wir sehen mit der Anhörung heute, dass wir die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Umwelt- und Naturschutzverbänden und den betroffenen Hauseigentümern nicht wegdiskutieren können. Wir brauchen konkrete Maßnahmen vor Ort. Ich glaube, der Ansatz ist dort ein dezentraler. Wir müssen davon wegkommen zu sagen, wir können für ganz Berlin eine einheitliche Lösung finden. Dazu sind die Wasserwerke schlichtweg nicht in der Lage, sondern wir müssen schauen: In welchen Kiezen, in welchen kleinteiligen Gebieten ist es sinnvoll, eine lokale Grundwasserhaltung zu ermöglichen? – Mit den drei Pilotprojekten wollen wir ermöglichen, dass das in Berlin gestartet wird, dass wir da vielleicht auch von anderen Bundesländern lernen. Meine Frage wäre – bei dieser Grundwasserkonferenz haben Sie aus der Verwaltung auch als Zuhörer teilgenommen –: Sehen Sie Ansätze, wie wir dort neue Ideen mitnehmen können, was andere Bundesländer machen? Dort hat man oftmals auch einen anderen Fokus. Insbesondere der Hochwasserschutz war dort oftmals der Auslöser für die Maßnahmen. Aber da wir mit dem Grundwasser, mit dem Schichtenwasser in die ähnliche Kategorie fallen, können wir das nicht auch übernehmen? Wir haben auch gelernt, dass z. B. das Schichtenwasserproblem, dadurch, dass alte Drainagen sowohl im Westteil als auch im Ostteil der Stadt heute nicht mehr freigelegt und abgebaut werden und versandet sind, zunimmt. Dadurch findet die Entwässerung, die früher schon von unseren Vorvätern vorgesehen war, in bebauten Gebieten nicht mehr statt. Können wir die nicht wieder aufleben lassen? Vielleicht wäre das auch ein Vorschlag für das dritte Pilotprojekt, dass wir sagen: In einem Kiez werden ein Stück weit diese alten Drainagen wieder hervorgeholt und freigelegt, damit sie ihre eigentliche Aufgabe auch erfüllen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Danke schön! – Frau Gebel, bitte!

Silke Gebel (GRÜNE): Sie stehen am Ende eines langen Prozesses, der eines der großen Koalitionsprojekte ist, das die CDU in diese Koalition eingebracht hat. Ich bin sehr froh, dass man von diesem Punkt im Koalitionsvertrag, wonach eine stadtweite Grundwassersteuerung durch die Wasserbetriebe lückenlos zu betreiben ist, erst einmal weggekommen ist. Ich fand es auch sehr anschaulich, wie Herr Feddern dargestellt hat, dass ein Mehrpumpen durch die Wasserwerke gar nicht den Effekt auf die Gebäude hätte, aber mit ökologischen Folgekosten zu rechnen ist. Dass wir jetzt über die dezentralen Lösungen, die Herr Buchholz angesprochen hat, sprechen und dass das die Zielrichtung ist, in die wir gehen, ist schon einmal ein guter Schritt, den zumindest wir als Grüne aus diesem Runden Tisch mitnehmen würden. Mich würde interessieren, wie das die Anzuhörenden sehen, was quasi nach den Pilotprojekten als weitere dezentrale Maßnahme in die Breite folgen sollte.

Was uns fehlt, wenn wir in die Breite gehen wollen, sind die Zahlen. Es fehlt die Bestandsaufnahme. Das wurde durch die Anhörung auch noch einmal sehr deutlich. Das, was Herr Buchholz angesprochen hat, und das, was auch Sie, Herr Ohm, gesagt haben, dass es nicht machbar ist, diese Zahlen aufzunehmen, weil es vielleicht Bedenken seitens der Grundstückseigentümer gibt, kann ich an der Stelle nicht gelten lassen, weil ich nicht finde, dass man für, wenn das tatsächlich stimmt, 5 000 Gebäude einen zwei-, dreistelligen Millionenbetrag in die Hand nehmen muss. Das ist unverhältnismäßig, und man muss das auf solide Füße stellen. Man kann auch überlegen, das haben wir auch bei der IHK-Konferenz so diskutiert, dass man mit einem anonymen Verfahren Gebäudeschäden meldet. Man muss auf jeden Fall feststellen:

Dieser Sachstand für Berlin fehlt. Das hat auch der Senat versäumt, z. B. bei den vergünstigten Kreditrahmen für Hausbesitzer, die einen Totalschaden haben. Da muss ich wissen: Über welche Größen spreche ich?

In dem Zuge fehlt, sich auch einmal der Frage anzunehmen und sie auch zu beantworten, und das ist sicherlich unbequem: Warum haben manche Gebäude, die im Grundwasser stehen, Schäden und manche keine? Das liegt nicht nur an der weißen Wanne. Woran liegt das? Warum gibt es auch Altbaubestände, die einen Keller haben, die nicht über Vernässungen in dem Maße sprechen wie andere? Das ist auch ein Punkt, der in diesem Bericht fehlt, und der für eine solide Zahlengrundlage aber wichtig ist.

Was uns auch fehlt ist eine Perspektive für zukünftige Bauprojekte. Das Grundwasser steht jetzt da, wo es steht. Ich war einmal in Marzahn-Hellersdorf im Umweltausschuss zu Gast. Da wurde schon in den Neunzigerjahren den Leuten, wenn sie gebaut haben, ein Zettel vorgelegt, wo sie unterschreiben mussten: Ja, es stimmt, das Grundwasser steht hier ein bisschen höher, und darauf müssen wir Rücksicht nehmen. – Analog zum Hochwasser – mir ist schon klar, das sind zwei unterschiedliche Rechtsbestände – auch vonseiten der Verwaltung, der Bezirksämter noch einmal eine Anleitung zu geben, wie man bauen kann, damit es bei Vernässung keine Folgeschäden gibt, wie man eine Anleitung zur Hilfestellung geben kann, wäre durchaus etwas, was auch als Follow-up kommen sollte, und das fehlt leider. Vielleicht können Sie uns gangbare Schritte nennen, wie man da für zukünftige Bauprojekte Schäden verhindern kann.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Platta, bitte!

Marion Platta (LINKE): Ich möchte meinen Beitrag auf Fragen beschränken, weil ich als Teilnehmerin am Runden Tisch das Prozedere dort sehr wohl wahrgenommen habe. Die Feststellung, die wir als Fraktion getroffen haben, dass wir die Arbeit des Runden Tisches als nicht beendet ansehen, wird letztendlich durch die Anzuhörenden noch einmal bestätigt, dass wir eigentlich nicht viel weitergekommen sind, obwohl wir diesen Bericht nun schon länger auf dem Tisch haben.

Was ich von den Anzuhörenden wissen möchte, ist: In der Stellungnahme der IHK und ihren Partnern ist noch einmal erwähnt worden, dass Sie die Expertenkommission unbedingt berufen sehen wollen, die sich letztendlich sicherlich auch detailliert mit einzelnen Gebieten befassen und entsprechende Lösungsvorschläge darbieten kann. Die Expertenkommission wird durch die Senatsverwaltung abgelehnt. Was sind die eigentlichen Gründe dafür, dass Sie sie ablehnen? –, denn wenn man es sich genauer betrachtet, haben Sie durch verschiedene Gutachten auch unterschiedliche Aspekte angeschnitten, aber trotzdem hat es nicht eine Maßnahme bei dem einen oder anderen Gebiet gegeben. Nehmen wir den Boxhagener Platz: Das Gutachten dort ist über zehn Jahre alt, und trotzdem ist nichts umgesetzt worden, außer, und das rechne ich Ihnen hoch an, dass es inzwischen von diesen über 1 000 Messstellen 27 gibt, die tagesaktuelle Werte im Netz darbieten, sodass man sich, auch ohne eine Kleine oder Schriftliche Anfrage zu stellen, durchaus über den einen oder anderen Sachverhalt schlau machen kann. Aber Maßnahmen direkt in den Gebieten, in Umsetzung dieser Informationen, gibt es bisher nicht, und deshalb sind auch wir der Auffassung, dass es sinnvoll ist, an den Themen weiterzuarbeiten, und die Expertenkommission könnte uns dabei sicherlich behilflich sein.

Zum Blumenviertel, das jetzt als Pilotprojekt angeschnitten ist, habe ich eine Frage gerade auch an die Wasserbetriebe. Da ist es eindeutig so, dass das Baugebiet eigentlich erst Baugebiet wurde, nachdem Johannisthal den Trichter eröffnet hat und das Wasser dort abgesenkt worden ist. Wie sehen Sie denn die Situation heute, auch wenn Johannisthal aus Ihrer Sicht nicht wieder ans Netz gehen sollte? Welche Möglichkeiten wären denn andererseits für das Trockenlegen dieses Gebietes aus Ihrer Sicht denkbar, wenn es nicht nur darum geht, Wasser als Trinkwasser zu gewinnen, sondern mit dem Wasser auch andere Sachen zu machen? Herr Ohm hatte dargelegt, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, mit Grundwasser umzugehen. Sie haben zudem neben der Trinkwasserversorgung auch noch die Aufgabe, sich um das Abwasser und auch die Regenwasserableitung innerhalb der Stadt zu kümmern, was im Wesentlichen auch ein Problem für die Hochflächen ist. Wenn da Niederschläge entstehen – das haben Sie in Ihrer Grafik auch dargestellt –, haben wir dieses Schichtenwasserproblem. Es ist also ein eindeutiges Ableitungsproblem.

Ich begrüße den Vorschlag, der von der SPD gekommen ist, als drittes mögliches Pilotprojekt sich endlich um die Drainagen zu kümmern.

Zu dem Blumenviertel noch ein weiteres Problem, jetzt nicht nur an die Wasserbetriebe, sondern auch an die Senatsverwaltung: Inwiefern ist es denn aus Ihrer Sicht im Vorfeld zur Festlegung von Baugebieten angebracht, auch solche Hinweise zu geben? –, denn wir wissen aus heutiger Sicht, dass es eigentlich ein Sumpfgebiet war und nur durch die Trockenlegung und Trinkwasserförderung Baugebiet wurde. Wie war es denn überhaupt möglich, dass die Menschen, die Bauherrn dort vor Ort jahrzehntelang im Prinzip über die möglichen Grundwasserstände falsch informiert worden sind und – zumindest haben wir die Information – es auch in den Baugenehmigungen nicht erforderlich war, die Grundwasserstände abzufragen?

Noch eine Frage zu den Pilotprojekten: Wie gehen Sie als Senatsverwaltung in diesen Projekten vor? Welche Erkenntnisse haben Sie in den letzten Monaten dort mit Einführung der Pilotprojekte erreicht? Welche Zielstellung setzen Sie für Lösungsansätze gerade im Blumenviertel mit dem Pilotprojekt fest?

Ich würde es gerne noch fortführen, und zwar bei der IHK. Sie sind letztendlich auch der Interessenvertreter derer, die technische und wissenschaftliche Voraussetzungen für die Bearbeitung dieses Problems haben. Sie hatten auch in Ihrer Verantwortung diese Konferenz eingeleitet. Welche Schritte haben Sie seitdem unternommen, um bei dem Thema voranzukommen? Welche Wissenschaftler haben Sie eingebunden, die Sie letztendlich auch vorschlagen würden, in einer solchen – falls es dazu kommt – Expertenkommission mitzuarbeiten?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Magalski, bitte!

Philipp Magalski (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben schon viele richtige Fragen gestellt. Es bleiben mir nur noch wenige Fragen. Das ist vielleicht auch ganz gut. Mir geht es hauptsächlich darum zu erfahren, inwiefern die Pilotprojekte angelaufen sind. Frau Platta hatte schon danach gefragt. Wie viele Anträge hat es z. B. in Richtung Darlehensprogramm gegeben? Kann man sagen, wie viele das ungefähr waren, wie viele davon bewilligt wurden bzw. wie viele davon vielleicht auch nicht berücksichtigt werden konnten? Das wäre eine wichtige Frage für mich. – Ganz wichtig fände ich auch die Frage, um auch noch einmal die Einschätzung für uns als Abgeordnete etwas

plausibler zu gestalten, nach den betroffenen Gebäuden, die im Bericht mit 0,2 Prozent konstatiert worden sind, aber bei den Betroffenen und auch in der Anhörung gerade ein Prozentsatz von 1 Prozent aller Gebäude genannt wurde. Das ist dann doch schon ein größerer Unterschied. Inwiefern schätzt der Senat das ein, dass 1 Prozent gegebenenfalls doch realistischer ist als die 0,2 Prozent, die von Ihnen angegeben worden sind? Das soll nicht heißen, dass ich an den Zahlen zweifele. Ich bin natürlich an der Stelle darauf angewiesen, verlässliche Zahlen zu bekommen bzw. Einschätzungen vorzunehmen, um mir ein eigenes Meinungsbild zu machen, was als Volksvertreter bei diesem komplexen Thema nicht besonders einfach ist.

Ich bin auch sehr dankbar, dass Herr Krauß noch einmal die Umweltproblematik so klar dargelegt hat. Insofern ist es natürlich für mich wichtig zu sehen, dass wir einerseits die Betroffenen haben, denen natürlich geholfen werden muss, aber dass wir auch umweltproblematische Auswirkungen haben, die ganz Berlin und im Endeffekt wieder alle Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt betreffen können, was den Grundwasserspiegel angeht. Insofern muss hier eine Abwägung vorgenommen werden. Ich sehe insofern auch den Ansatz der Pilotprojekte und der Darlehen als einen Weg in die richtige Richtung, der nicht auf Kosten der Umwelt getroffen worden ist.

Dennoch die Nachfrage an Herrn Dierks: Sie hatten ein Projekt erwähnt, der Bosco Verticale in Mailand. Können Sie sagen, wie kostenintensiv das ist? Wissen Sie ungefähr, in welchem Bereich man mit solchen Projekten liegt und ob das gegebenenfalls auch für einzelne Betroffene in Berlin anwendbar wäre aus Ihrer Sicht? Insofern ist es auch ganz gut, dass wir über den Tellerrand schauen und auch in die anderen Bundesländer, um zu sehen, was wir uns da noch anschauen können. Der Senat hatte damals bestritten, dass es in Sachsen einen Fonds gibt. Das sollte nur die Bereitstellung von Krediten gewesen sein. Jetzt ist für mich da auch wieder eine Informationsdiskrepanz gegeben. Die einen sagen: Ja, das ist ein Fonds, und die anderen sagen: Das ist keiner. Das ist nur die Bereitstellung von Krediten. – Zumindest sind wir jetzt soweit, dass es ein Darlehensprogramm für Berlin gibt. Ob das ausreichend ist, muss sich dann noch zeigen, wenn es evaluiert wird, und zwar nachdem wir das Programm längere Zeit beobachtet haben.

Die Auswirkungen auf die Umwelt sind nicht nur außerhalb Berlins, also im Urstromtal bzw. in den FFH-Gebieten, zu spüren, sondern natürlich auch bei den Straßenbäumen, die wir, wie gerade schon erwähnt worden ist, jedes Jahr im Sommer immer wieder als Bürgerinnen und Bürger eigenständig gießen müssen. Ich hoffe, dass der Sommer dieses Jahr nicht so heiß wird.

Rechtlich ist die Abdichtung so eine Sache. Wir befinden uns, wie Herr Staatssekretär Gaebler beschrieben hat, rechtlich in einer ganz klaren Position, dass die Keller abgedichtet werden und Wannen vorhanden sein müssen. Deswegen sehe ich für die Zukunft keine großen Probleme mit unserem Grundwasserstand. Es geht natürlich trotzdem noch darum, dass diejenigen, die immer noch von den alten Maßnahmen betroffen sind, finanziell entschädigt bzw. unterstützt werden. Das kann natürlich durch ein Darlehensprogramm passieren. Inwiefern das auch noch aufgestockt werden muss, das wäre vielleicht noch eine Sache, die uns Abgeordnete in den Haushaltsverhandlungen angeht, ob da genug vorhanden ist oder nicht. Deswegen auch noch einmal die nachdrückliche Nachfrage bezüglich der Anträge: Wie viele gab es? Wie viele konnten tatsächlich auch bewilligt werden? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Man ist ein bisschen in dem Eindruck gefangen, dass es sich im Kreis dreht und wir seit drei, vier Jahren darüber debattieren. Ich bekomme es anhand der Fragestellungen der Kollegen mit. Herr Magalski hat schon Darlehensprogramme aufgelegt, die er aufstocken will, aber es gibt noch gar keines. Wir haben dementsprechend noch einiges vor uns. Ich bin ein bisschen ernüchtert, denn man macht ja nicht Politik, damit man möglichst lange darüber spricht, was nicht geht, sondern man versucht gerne umzusetzen. Deswegen will ich kurz ein, zwei Dinge noch einmal ansprechen. Sachsen-Anhalt war es einen eigenen Ausschuss wert. Das ist hier vielleicht nicht per se notwendig, wobei ich anhand der Debatte manchmal feststelle, man braucht vielleicht noch mehr Zeit, um sich miteinander zu beschäftigen. Ich glaube aber auch in der Konsequenz, und das hat uns der Bericht zum Grundwassermanagement gezeigt – – Wir reden über die Idee, die Drainagen wieder zu aktivieren, dann reden wir über Gebiete für Schichtenwasser, haben aber noch nicht das Urstromtal abgedeckt, reden wir über das Urstromtal, haben wir die Problematik, was Sie vom BUND zu Recht sagen, wenn wir da Einfluss nehmen, dann hat das eine negative Auswirkung auf das Ökosystem. Ich denke da an den Teufelssee, Grunewald etc. womit ich mich schon stärker auseinandergesetzt habe.

Reden wir über die Erhöhung von Fördermengen oder den Bau neuer Pumpwerke, dann reden wir eigentlich nur über das Urstromtal und dass es nicht nachhaltig ist und dauerhaft Kosten produziert. Wir sehen, dass es diverse Hindernisse gibt. Es gibt aber eine Lösung, und in Sachsen-Anhalt hat sich gezeigt hat, dass es funktionieren kann, im Übrigen bei 27 Prozent betroffenem Bauland. Bei uns sind es nur 9 Prozent. Die haben ein Vernässungskataster angelegt. So etwas gibt es nach meiner Kenntnis bei uns noch nicht. Es gibt sogar den Streit, ob es 1 000 oder 6 000 Häuser sind. Ich als Politiker empfinde das als ziemlich große Range, als ziemlich große Distanz und hätte großes Interesse daran, dass man noch mehr Wissen in die Diskussion reinbringt, aber am Ende, machen wir uns doch nichts vor, wird doch die Frage stehen, ob wir bereit sind, einen Vernässungsfonds, Staatsgelder bereitzustellen, damit irgendeine Möglichkeit, sei es zumindest ein zinsfreier oder zinsgünstiger Kredit, abgerufen werden kann, entweder von einem Zweckverband, der vielleicht spezielle Konditionen bekommt, oder von Einzelpersonen, damit die Leute anhand dieser konkreten Perspektiven überhaupt den Eindruck haben, dass es sich lohnt, dass es Sinn macht, sich mit dem Thema intensiver zu beschäftigen und die eigenen Themen anzugehen. Ich höre überall das und das, aber es wäre ratsam, das ist meine Bitte an die Senatsverwaltung, vielleicht mal an wenigen Punkten deutlich zu machen, was wir können und was wir in der Zukunft dazu beitragen wollen, dass wir dieses Problem vielleicht nicht lösen, aber ihm zumindest so begegnen, dass Schritt für Schritt erkennbar wird, dass wir etwas getan haben und dass die vier beteiligten Persönlichkeiten, die dort sitzen, das Gefühl haben, dass etwas auf den Weg gebracht wird. Das wäre meine Bitte an die Senatsverwaltung. Ich hoffe, dass es uns gemeinsam gelingt, dass es nicht ein weiterer Termin war, den Sie in zwei Jahren zitieren im Sinne von: Da ist auch nichts passiert –, sondern wir als CDU-Fraktion legen Wert darauf, dass wir bereit sind das, was wir in den Koalitionsvertrag geschrieben habe, nicht nur im kleinen, sondern im größeren Rahmen umzusetzen bereit sind. Deswegen hoffe ich jetzt auf spannende Beiträge aus der Senatsverwaltung.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Aber erst mal haben wir einen spannenden Beitrag von Herrn Dr. Költzsch.

Dr. Gregor Költzsch (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Der Abschlussbericht geht davon aus, dass den Wasserbetrieben bei der Förderung eines Kubikmeters Grundwasser Prozesskosten von 1,04 Euro entstehen, und das macht bei der Betrachtung dieser Ewigkeitskosten, der Maßnahmenkosten, drei Viertel aus. Daher hätte ich die Bitte an Herrn Fedder zu erläutern, wie sich diese Kostenblöcke zusammensetzen. Was steckt an Kosten genau drin? Dieser 1 Euro klingt wenig, aber es sind 30 Millionen Euro bis 80 Millionen Euro, die prognostisch veranschlagt werden. Welche Kostenteile sind da drin? Handelt es sich um reine variable Kosten, die immer gleich bleiben, egal, ob ich 1 Kubikmeter oder 80 Millionen Kubikmeter fördere, oder sind das Fixkosten, die Sie verteilen, wo vielleicht der Kostenanteil bei steigender Menge sinkt? – Danke!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Vogel!

Katrin Vogel (CDU): Vielen Dank! – Meine Frage zielt auf das Wasserwerk Johannisthal ab. Dort wurde 2001 die Förderung eingestellt. Die Anlieger sind damals davon ausgegangen, dass das Wasserwerk 2009 wieder an den Start gehen wird. Das ist bisher nicht erfolgt, das ist weiter verschoben worden. Im Moment ist es, glaube ich, fast völlig von der Tagesordnung. Ich hätte gern konkrete Aussagen dazu, wie die Planungen für Johannisthal aussehen. Derzeit

wird eine Altlastensanierung durchgeführt. Ich würde gern wissen, wann diese abgeschlossen ist, und wie Sie die Lage der dortigen Anlieger zu dem Zeitpunkt bewerten, wenn die Altlastensanierung nicht mehr erfolgt und das neue Wasserwerk nicht an den Start geht. In den letzten Jahren sind die Wasserstände dort um ca. 80 cm angestiegen, und das ist nicht gerade wenig. Wenn diese Altlastensanierung nicht mehr stattfindet, kann man davon ausgehen, dass wahrscheinlich noch mal 80 cm dazukommen. Das sind Ausmaße, wo man nicht mehr auf die Bauherren abstellen kann, dass sie nicht richtig gebaut haben, sondern das ist eine Situation, wo man Lösungen finden muss, wo auch wir als Politik Lösungen finden müssen.

Da stellt sich wieder die Frage einer anderweitigen Verwendung von Grundwasser. Man hört immer wieder, dass es zum Beispiel mit dem Abwasser Probleme gibt, weil nicht mehr genügend Wasser da ist, weil die Leute nicht mehr genügend spülen und die Abwasserkanäle verstopfen. Es stellt sich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, zum Beispiel Grundwasser in die Abwasserkanäle einzuleiten, um das Gleichgewicht wiederherstellen und etwas Sinnvolles damit zu machen. Da hängt das Blumenviertel mit dran. Das wird schon eine schwierige Situation sein, insbesondere, wenn die Altlastensanierung abgeschlossen ist und das neue Wasserwerk, wie es bisher aussieht, nicht kommen wird.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Doering!

Uwe Doering (LINKE): Danke schön! – Ich will ganz konkret auf den Abschlussbericht eingehen, aber vorweg feststellen: Die Folgen des steigenden Grundwassers und der Vernässung in der Stadt können nicht nur von den Leuten getragen werden, die Grundstücke besitzen, denn die sind am allerwenigsten schuld daran, dass das Grundwasser in Berlin steigt. Das hat auch mit der Gesellschaft und mit Deindustrialisierung zu tun. Das kann man den Grundstücksbesitzern nicht anlasten. Das hat etwas mit Klimaveränderungen, Versiegelung und Verdichtung der Böden zu tun. Vor dem Hintergrund frage ich in Richtung Senat, ob in der Tat die alleinige Problemlösung bei den Grundstücksnutzern liegen soll.

Der erste Punkt ist: Im Abschlussbericht steht – das ist von meinem Vorredner von der CDU schon gesagt worden –, dass man sich das Modell Sachsen-Anhalt anschauen will. Das muss ich nicht näher beschreiben, das ist gerade gemacht worden, aber ein wesentlicher Merkpunkt bei dem Modell Sachsen-Anhalt ist neben dem Sonderausschuss, den ich auch ab einem bestimmten Zeitpunkt präferieren würde, dass ein Fonds mit 30 Millionen Euro aus dem Nachtragshaushalt gebildet wurde und aus diesem Fonds heraus nachhaltige Maßnahmen zum Schutz vor Vernässung finanziert werden. Im Abschlussbericht steht allerdings, dass man an Kredite denke. Deshalb ist meine Frage, inwieweit Sie sich auf der Senatsebene Sachsen-Anhalt angeguckt haben und zu welchen Schlussfolgerungen Sie diesbezüglich gekommen sind. Mögliche Adressanten könnten Grundstücksbenutzer sein, aber auch Vereinigungen, Zweckverbände, die sich selbst um die Grundwasserabsenkung kümmern. Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus Sachsen-Anhalt?

Zu den anderen Pilotprojekten: Es überrascht mich auch, dass es bei der IHK so lange dauert hat und kein Grundstück oder Gewerbegebiet gefunden wird, an dem man mal gucken könnte, wie die Problemlage ist. Mir fallen auf Anhieb viele Grundstücke mit sehr vielen Problemen ein. Ich hätte gern eine Auskunft dazu, woran es tatsächlich liegt, dass kein Gebiet für ein Pilotprojekt gefunden werden kann.

Drainage würde ich als nächsten Punkt dazunehmen. Als Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage von mir und der Kollegin Kittler ist mitgeteilt worden, dass im Blumenviertel 79 000 Euro für Grundwassermessstellen und die Beschaffung von Datenloggern usw. aufgewendet wurden. Was hat die Datensammelei gebracht? Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus, und welche Maßnahmen sollen aus den Erfahrungen, die Sie aus den Werten gesammelt haben, gemacht werden? Was bedeutet dann im Blumenviertel die Umsetzung von Maßnahmen unter dem Aspekt Hilfe zur Selbsthilfe?

Zum Boxhagener Platz: Wenn ich es richtig verstanden habe, ist daran gedacht, einen Zweckverband zu bilden, was für mich übersetzt heißt, dass sich die Leute dort zu einem Verband zusammenschließen und selbst dafür sorgen, dass das Grundwasser abgesenkt wird durch Abpumpen, was dann nicht die Wasserbetriebe machen, sondern im Auftrag des Zweckverbandes. Hier wäre meine Frage, ob die Überlegung des Zweckverbandes auch für andere Gebiete angedacht ist.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich die Fragerunde jetzt abschließe. Ich würde die Herrschaften in umgekehrter Reihenfolge um die Beantwortung der Fragen bitten. Der Senat hat sich auch noch gemeldet. – Herr Feddern! Sie wären der Erste in der Reihenfolge. Bitte schön!

Jens Feddern (Berliner Wasserbetriebe): Gern! – Ich würde zuerst auf die Frage von Frau Platta bezüglich des Wasserwerks Johannisthal antworten. Eines muss man wissen, das möchte ich allgemein erst mal sagen: Das Blumenviertel und das Wasserwerk Johannisthal haben erst mal nichts miteinander zu tun, weil das sehr weit weg ist. Wenn Sie sich an das eine Bild erinnern, wo ich versucht habe, mal den Absenktrichter eines Wasserwerks aufzumalen, dann sehen Sie, dass wir da gar nicht hinkommen. Selbst wenn wir ein Wasserwerk in Johannisthal hätten, müsste ich jedes Jahr über 30 Million Kubikmeter fördern, um in diese Richtung zu kommen. Das geht nicht.

Zum Wasserwerk Johannisthal noch Folgendes: Das Wasserwerk ist schon da gewesen, da haben Sie recht. Das ist lange Zeit betrieben worden. Das hat aber mit dem Baugrund und dem, was im Blumenviertel an Einfamilienhäusern entstanden ist, nie etwas zu tun gehabt, weil wir das damit gar nicht erreichen würden. Deswegen gibt es ja im Blumenviertel eine extra Grundwasserhaltungsanlage, weil man es mit dem Wasserwerk nicht erreichen kann. Das vielleicht zum Thema Johannisthal und Blumenviertel.

Dann war eine Frage, die dahin zielte, was mit dem Wasserwerk Johannisthal passiert ist. Das ist noch nicht von der Tagesordnung, das ist immer noch drauf. Im Moment ist man gerade dabei, das zu untersuchen. Die Altlastensanierung läuft dort noch, das wissen Sie. Es sind immerhin 12 Millionen Kubikmeter, die jedes Jahr dort abgepumpt werden, um das Grundwasser sauber zu bekommen. Jetzt ist die Frage, wann es soweit ist, dass das Trinkwasserqualität hätte, und dann muss man immer noch daran denken: Wir haben auch den Teltowkanal dort langlaufen. Also, wenn man ein solches Wasserwerk wieder in Betrieb nehmen würde, dann müsste auch untersucht werden, wie die Wasserqualität hier aussieht, weil über das Uferfiltrat Grundwasserbeeinflussungen möglich sind, sodass wir uns jetzt zusammen mit dem Senat hinsetzen und diese ganzen Fakten auf den Tisch legen, um zu einer Entscheidung zu kommen, ob das Wasserwerk gebaut werden kann oder nicht. Das hängt mit der Wasser-

qualität zusammen. Wie lange die Sanierung noch dauert, kann ich Ihnen nicht genau sagen. Sie hat guten Erfolg, aber wann die Werte soweit stabil sind, dass man dieses Wasser als Trinkwasser aufbereiten kann, kann ich Ihnen nicht sagen.

Dann war eine Frage von Herrn Dr. Költzsch zu den Kosten. Mit diesem einen Euro haben wir uns ein bisschen schwergetan, und zwar sind in den Kosten nicht die Verteilkosten drin, die uns entstehen. Unser Wasser muss gefördert, aufbereitet und dann verteilt werden. Die Verteilungskosten sind rausgerechnet worden. Dann sind Kosten für die Anlagen selbst eingeflossen. Dann sind die Lifecycle-Kosten eingeflossen, die man hat. Dann sind die Personalkosten eingeflossen, die man braucht, um unter Umständen solche Anlagen zu betreiben, aber auch nur da, wo es Sinn macht. Das ist eingerechnet worden, und dann haben wir teilweise auch noch Kosten eingerechnet, die dadurch entstehen, dass Sie das Wasser entsprechend aufbereiten müssen. Denn wenn man das Wasser so, wie man es aus der Erde holt, ableitet, dann hat man Eisen und Mangan drin, und wenn das mit Luftsauerstoff in Berührung kommt, wird es braun. Die braune Spree war auch ein Beispiel, das in den letzten Jahren durch die Presse gegangen ist. Deswegen muss man teilweise Eisen und Mangan herausholen, damit der Vorfluter, in den man das einleitet, durch Eisen und Mangan nicht geschädigt wird. Diese Kosten sind da auch mit drin, und so kam man zu diesem 1,05 Euro.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Gut! – Damit würde ich Herrn Krauß das Wort erteilen.

Manfred Krauß (BUND Berlin): Konkret zu den Wasserwerken: Die Naturschutzverbände waren immer der Meinung, dass man möglichst viele Wasserwerke in Berlin unterhält und möglichst dezentral und es nicht auf einzelne große Wasserwerke konzentriert, aber dem steht wahrscheinlich gegenüber, wie es schon dargestellt wurde, dass die Umweltbelastung, die Altlasten, im innerstädtischen Bereich so groß sind, dass man dort mit gutem Gewissen kein Wasserwerk mehr betreiben kann.

Ich wollte noch kurz etwas zu den immer wieder bei den Abgeordneten angeklungenen Vorschlägen sagen, das Wasser oberflächlich abzuführen, abzupumpen oder Drainagen zu machen. Man muss sich klarmachen, in welcher Landschaft wir uns hier befinden. Wir befinden uns hier in einer Gegend, die zu den wasserärmsten Deutschlands gehört. Wir haben eine Jahresniederschlagsmenge von ungefähr 500 mm, und der Abfluss von Spree und Havel beträgt im Berliner Bereich an der Pfaueninsel normalerweise 50 Kubikmeter pro Sekunde. Um Ihnen das mal klarzumachen: Der Rhein hat an der holländischen Grenze 1 200 Kubikmeter, die Elbe ungefähr 600. – Wir haben hier Dorfbachverhältnisse. Diese großen Gewässer, Seen, die wir hier haben, täuschen einen Wasserreichtum vor, der in der Realität nicht vorhanden ist.

Ich habe es vorhin schon gesagt: Die Berliner Gewässer sind alle staureguliert. Deshalb haben sie auch so ein großes Ausmaß, und deshalb haben wir das Gefühl, wir würden hier im Wasser schwimmen. In der Vergangenheit waren die Naturschutzverbände, die Ökologen und Hydrologen dagegen, dass das Wasser so schnell aus der Landschaft abgeleitet wird. Wir leiten es in die Vorfluter ein und es verschwindet. Wenn Sie sich die Brandenburger Landschaft angucken: Es gibt endlos viele Großackerflächen, die alle melioriert sind. Die Bauern jammern, wenn es zu viel Wasser gibt. Gleichzeitig meliorieren sie, und in trockenen Jahren jammern sie darüber, dass sie zu wenig Wasser haben. So eine ähnliche Situation haben wir auch in der Stadt. Bequem ist es natürlich, möglichst schnell das Wasser abzuleiten, Vorflut

weg, aber wir haben dann tatsächlich auch unter den Folgen von zu geringen Grundwasserständen zu leiden. Auch die Braunkohle zum Beispiel schafft Absenkungstrichter in Brandenburg, die letztendlich einen Prozess – Ich sage es mal so polemisch: Das Land Brandenburg sorgt selbst für eine Wüstenbildung in seinem Land, weil diese riesigen Grundwasserabsenkungstrichter alle dazu beitragen, dass das Grundwasser verschwindet. – Ich glaube, die Berliner Probleme sind in der Situation relativ gering. Wir sollten aber nicht in den Fehler verfallen, genau diese Forderung weiterzuführen, wir müssen das Wasser möglichst schnell ableiten, sondern wir müssen intelligente Lösungen finden, eben durch Abdichtung der Gebäude. Das ist viel nachhaltiger und viel langfristiger, als sich diese Ewigkeitskosten aufzubürden, um das Wasser abzupumpen. Das wäre mein Appell!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank! – Herr Dierks!

Hauke Dierks (Industrie- und Handelskammer Berlin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mir ungefähr sieben Fragen notiert und versuche, es kurz zu machen. – Herr Gaebler hat das Grundwasserentnahmeentgelt angesprochen. Das wirkt wie eine Steuer auf die Trinkwasserförderung der Berliner Wasserbetriebe, und deswegen würden dem Land diese Abgaben, faktisch eine Art Steuer auf Trinkwasser, verloren gehen. Aber man muss dabei berücksichtigen, dass das Bundeskartellamt bei dem Verfahren, in dem es um die Wasserpreise ging, gesagt hat, dass die Abgaben, die die Wasserbetriebe in Vergleichsstädten – München, Hamburg Köln, glaube ich – zu leisten haben, vergleichbar sind mit denen, die die Berliner Wasserbetriebe haben, und deswegen wurde es bei der Berücksichtigung nicht abgezogen. Insofern gehe ich zumindest davon aus, dass Sie die Möglichkeit haben, das über andere Abgaben haushaltsneutral zu finanzieren. Sie müssten nicht diese Lenkungsabgabe, die es eigentlich ist – eine Umweltabgabe, die darauf zielt, weniger Grundwasser zu fördern –, zumindest in den Gebieten erheben, in denen wir unter solch einem Grundwasserproblem leiden. Wenn Sie das einmal abschaffen würden, würde ein Haushaltsloch von vielen Millionen Euro entstehen. Sie können aber die Abgaben so verändern, dass diese Steuerungswirkung, das Grundwasserentnahmeentgelt, in den Gebieten, in denen wir hohe Grundwasserstände haben, nicht mehr wirkt. Es wäre, glaube ich, eine eigene Sitzung, wenn man das im Detail diskutieren würde.

Zum Pilotprojekt: Vielen Dank, Herr Buchholz! Ich gebe Ihnen insofern völlig recht: Wenn Sie ein Gebiet in Berlin finden, in dem wir eine extrem hohe Häufung von Fällen haben, dass sich dieses Pilotprojekt, das – so wurde es uns zumindest kommuniziert – darauf zielt, möglichst viele Fälle innerhalb eines sehr engen, geschlossenen Kreisraums zu finden, würde es sich lohnen würde. Wir haben Industriegebiete untersucht, das war damals die Aufgabe, und haben kein Industriegebiet gefunden, wo wir eine so große Anzahl betroffener Unternehmen finden würden, dass es sich lohnen würde, Untersuchungen anstellen zu lassen, dass man Brunnen bohrt. Worum geht es da eigentlich? Da geht es ja um mehrere Millioneninvestitionen, was man jetzt untersucht, um so ein Gebiet trockenulegen, und wir würden den Unternehmen in so einem Gewerbegebiet anbieten, für einige Tausend Euro ein Gutachten anfertigen zu lassen.

Das Zweite ist: Um wen geht es eigentlich, wenn man die IHK anfragt? Wir haben zwar diese etwa neun Industriegebiete im Urstromtal, die wir untersucht haben, aber unsere Mitgliederstruktur sieht völlig anders aus. Die sind nicht alle in Industriegebieten, sondern der weit größte Teil der IHK-Mitglieder sind Kleingewerbetreibende, die sich in Mischgebieten auf-

halten, wie beispielsweise am Boxhagener Platz. Wenn Sie so ein Mischgebiet irgendwo in der Stadt finden, mit genau dem Zuschnitt dieses Pilotprojektes, so wie er ursprünglich definiert wurde, dann haben wir überhaupt nichts dagegen. – Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist dann aber: Ist denn dieser Zuschnitt der Pilotprojekte in dieser Form sinnvoll? Ist es sinnvoll, sich ein Industriegebiet auszuwählen, wo große Industrieunternehmen, von denen wir jetzt wissen – einige dieser 50 sind das beispielsweise – Wenn die Probleme an Räumen haben, wo technische Geräte zu finden sind, dann haben die längst schon die Summen investiert, um herauszufinden, welche Möglichkeiten denkbar wären, denn ansonsten könnten sie das einfach nicht weiterbetreiben. Die Kosten für solche technischen Anlagen übersteigen bei Weitem den Gebäudewert. Insofern rennt man nicht gerade offene Türen ein, wenn man zu solchen Unternehmen geht und sagt: Wir würden euch einen Gutachter vorbeischicken, der hier mal die Gesamtsituation untersucht. – Das unter dem gesamten Vorbehalt, dass wir die Pilotprojekte insgesamt sehr gut finden, das ist überhaupt keine Frage.

Dritter Punkt: Welche Gebiete sollten wir aussuchen, und was ist eigentlich pilothaft? – Die Gebiete, die Sie bisher ausgesucht haben, in Neukölln und am Boxhagener Platz, sind Gebiete, die wir seit Jahrzehnten kennen, wo auch die Datenlage so groß ist, dass man, wenn wir rein die Grundwassersituation untersuchen und eine Erhebung machen, was wir bisher schon gemacht haben, nicht die großen Erkenntnisgewinne erwarten kann. 2004 haben Sie auch schon ein Gutachten vom Boxhagener Platz-Quartier erstellt. Wir müssen uns bei diesen Pilotprojekten sehr genau überlegen, was eigentlich dort gemacht werden muss, damit wir überhaupt einen Schritt weiterkommen, denn diese Gebiete sind bereits sehr umfangreich untersucht worden, und wenn Sie bei den Berliner Wasserbetrieben am Glockenblumenweg mal fragen, haben die wahrscheinlich bereits ich weiß nicht wie viele Grundwassermodelle angefertigt. Also, die Situation ist sehr viel günstiger als in anderen Gebieten. Wir müssen uns aber sehr genau überlegen, wie das Geld, das Sie bewilligt haben, so eingesetzt wird, dass wir in diesen Gebieten ein Stück weiterkommen. Deswegen auch mein Plädoyer: Wir haben einige Unternehmen besucht, die sich bereiterklärt und gesagt haben: Für uns wäre durchaus so eine Untersuchung sinnvoll. – Die haben wir uns angeschaut, und es gab bei jedem Unternehmen eine völlig andere Sachlage, eine völlig andere Problemlage. Unser Vorschlag war deshalb, diese Beispiele, sie sich eignen, exemplarisch darzustellen und diese verschiedenen technischen Maßnahmen, die die ergreifen können, von Gutachtern durchspielen zu lassen. Das ist sehr viel geeigneter, als wenn man sich ein geschlossenes einzelnes Industriegebiet sucht, von dem man ein Gutachten anfertigen lässt, wo sich Industrieunternehmen zusammenschließen sollten, um gemeinsam viele Millionen Euro für Fördermaßnahmen zu investieren. Das erscheint mir sehr viel unwahrscheinlicher. Aus meiner Sicht wird es sehr viel vielversprechender sein, sich exemplarische Beispiele, wo wir auch an diesen technischen Fragen der Gebäudeabdichtung oder anderer Maßnahmen in Gebieten, die betroffen sind, anzuschauen, anstatt krampfhaft diese eine Schablone des in sich geschlossenen gemeinschaftlichen Fördergebietes zu suchen. Das werden wir meiner Einschätzung nach nicht finden. Wenn Sie einen anderen Vorschlag haben, würden wir uns gar nicht groß dagegen wehren. Meiner Einschätzung nach hat die Senatsverwaltung bereits viel eruiert und vorbereitet, und ich habe das Gefühl, dass das durchaus erfolgreich umgesetzt werden könnte.

Welche alternativen dezentralen Maßnahmen können wir uns eigentlich vorstellen? – Ich hatte den Bosco Verticale als plakatives Beispiel genannt, das man sich besonders schön vorstellen kann. Wir hatten bei der Grundwasserkonferenz, Herr Freymark hatte das auch angespro-

chen, Experten aus den anderen Bundesländern, wo wir gesehen haben, das in einem Gebiet Grundwasser entnommen und in einem anderen reinfiltriert wurde, was man beispielsweise zur Erhaltung von Mooren nutzen könnte. Aber das ist, als uns die Experten das vorgestellt haben, nach langen Untersuchungen und Vorüberlegungen, wie denn lokal an dieser einen Stelle die Probleme gelöst werden könnten, ganz individuell gelöst worden. Schon beim Runden Tisch Grundwasser finden Sie eine ganze Reihe von möglichen Maßnahmen, die dort aufgelistet wurden. Die jetzt wiederzugeben, würde den Rahmen sprengen. Fakt ist nur: Die eine Lösung, die Wasserwerke hochzufahren, oder die andere Lösung, nur abzudichten, sind beides Lösungen, die zwar teilweise wahrscheinlich möglich wären, uns aber nicht in der gesamten Stadt weiterhelfen werden. Das ist auch völlig klar.

Warum haben einige Gebäude Schäden und andere nicht? Auch da haben wir selbst in der Ursachenkonstellation unterschiedliche – – Wir hatten Beispiel besucht, wo die Gebäude nach mehreren Jahrzehnten, U-Bahnbau beispielsweise, die Schäden bekommen haben, weil sie in der Zeit nicht berücksichtigt haben – – Diese Schuldfrage: Hat derjenige falsch gebaut? Ist er selbst schuld? Ist die U-Bahn schuld? Sollte der Staat dort eingreifen oder nicht? – würde ich nicht stellen, sondern wir haben einfach eine große Zahl solcher Problemfälle in der Stadt, für die es sich aus unserer Sicht lohnt, aktiv zu werden. In welchem Ausmaß, das müssten Sie entscheiden.

Zur Frage, warum einige Gebäude Schäden haben und andere nicht: Das liegt im Wesentlichen an der baulichen Ausführung der Gebäude. Es gibt Tiefgaragen in der Stadt, die viele Meter tief sind und keine Schäden haben, obwohl sie im Grundwasser liegen. Die U-Bahn wird auch gebaut, ohne dass sie Schaden nimmt. Natürlich wird sie so gebaut, dass das Grundwasser nicht eindringen kann. Nur haben wir viele Gebäude, und beim nachträglichen Abdichten dieser Gebäude müssen sich die Eigentümer die Frage stellen, ob sie den Keller aufgeben, das Gebäude abreißen oder viele Millionen Euro für Pumpen oder Ähnliches investieren und letztlich stehen sie vor einer unlösbaren Aufgabe, weil es sich finanziell oder technisch für sie nicht darstellen lässt.

Zur Expertenkommission: Wir hatten das damals ausgeführt. Das war ja in den Maßnahmenvorschlägen zum Runden Tisch. Wir hatten die auch explizit als Maßnahmenvorschläge zur Diskussion gestellt, und es war kein, wie heute hier in der Runde angesprochenes Forderungspapier der IHK. Die Expertenkommission haben wir deshalb umgetauft. Wir hatten das vorher anders genannt, weil wir uns gesagt haben, der Runde Tisch wäre ja schon so etwas wie eine Expertenkommission. Wir haben damit natürlich gemeint, dass man, wie Sie auch gesagt haben, Wissenschaftler, Sachverständige einlädt, um dieses Problem genauer zu erörtern und zu Lösungsvorschlägen zu kommen. Wir haben bisher keine Liste angefertigt, aber natürlich könnten wir die sehr schnell erstellen. Auch die Senatsverwaltung kennt viele, wahrscheinlich noch mehr Experten. Es gibt nicht nur die IHK, sondern zum Beispiel auch die Bau- oder die Architektenkammer. Wenn man diese Institutionen anschreibt, werden Sie auf jeden Fall lange Listen bekommen. Berlin ist übrigens einer der wichtigsten Standorte für Forschung und Wissenschaft zum Thema Grundwasser. Sie werden sicherlich eine sehr lange Liste exzellenter Experten bekommen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Ohm! Sie sind jetzt dran.

Peter Ohm (Verband Deutscher Grundstücksnutzer e. V.): Danke! Ich möchte auf zwei Fragen eingehen, aber vorher noch eine grundsätzliche Bemerkung: Man sollte mit offenen Augen durch die Welt gehen und sich nicht dem verschließen, dass in den letzten Jahrzehnte, Jahrhunderten, kann man sagen, in diesen Ausläufern des Urstromtals ein dicht besiedelter Siedlungsplatz mit Gebäuden entstanden ist. Ich gehe davon aus, dass alle die, die jetzt neue Gebäude errichten, die also die Grundwasserstände und die Problematik in Berlin kennen, entsprechende Abdichtungsmaßnahmen vorsehen. Teilweise ist das durch die Baugenehmigung beauftragt. Aber dass all die, die vor 100 Jahren ihre Gründerzeithäuser gebaut haben und von diesen Grundwasserständen, die wir jetzt haben, nicht ausgehen konnten, jetzt in Kauf nehmen sollen, dass ihre Keller absaufen, damit die Straßenbäume Wasser bekommen, halte ich für ein bisschen übertrieben und auch ein bisschen an der Realität vorbei. Wir sollten bei einer sachlichen Diskussion bleiben.

Ich hatte mir notiert, noch etwas zu den dezentralen Projekten zu sagen: Natürlich würden wir das auch begrüßen. Mittlerweile begrüßen wir jede Maßnahme, die auf den Weg gebracht wird, damit überhaupt was passiert, damit man merkt, dass sich hier etwas tut. Ich will noch mal erinnern: Die beiden Koalitionäre haben sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, etwas zu tun, und im nächsten Jahr endet die Legislaturperiode. Es ist noch einiges zu tun. Sie haben die Möglichkeit, es noch zu schaffen. Das würde ich sehr begrüßen. – Lokale bzw. dezentrale Projekte könnten zum Beispiel sein, und ich komme auf die Problematik zurück, wie wir mit unserem Wasserverbrauch umgehen: Wie gesagt, ich bin grundsätzlicher der Auffassung, dass Wassersparen angebracht ist, aber dort, wo wir wirklich von Wasserknappheit sprechen. Hier in Berlin ist bei diesen vernässten Kellern und den hohen Grundwasserständen davon nichts zu erkennen. Wir gehen als Verband sogar so weit, dass diese Spirale, Wasser zu sparen und damit bei den Wasserbetrieben immer wieder höhere Kosten zu provozieren, weil letztlich die Fixkosten gleich bleiben, nicht auf Dauer die Lösung sein kann, sondern es muss in bestimmten Gebieten, und das könnte so ein lokales, dezentrales Projekt sein, gegengesteuert werden, nämlich, so stellen wir uns das vor, zum Beispiel auch mit einer Flatrate für die Gartenbewässerung in bestimmten vernässten Gebieten, damit der Wasserverbrauch wieder angekurbelt wird.

Ein ganz wichtiges Thema, auf das ich hier noch eingehen möchte: Die Bildung von Zweckverbänden und die Finanzierung durch die Betroffenen sind abzulehnen. Versetzen Sie sich bitte in die Lage der in Rudow Betroffenen: Die haben in den Sechzigerjahren diesen Siedlungsplatz, der als Vernässungsgebiet, als Überschwemmungsgebiet ja bekannt war, mit Baugenehmigung des damaligen Westberliner Senats gebaut. Sie haben sich also auch darauf verlassen, dass staatliche Stellen ihnen dort eine Genehmigung zum Bau erteilt haben. Diese Leute, die jetzt dort betroffen sind, mit den Kosten der Sanierung zu beauftragen und das dann noch Hilfe zur Selbsthilfe zu nennen, halte ich für zynisch. Ich kann durchaus nachvollziehen, und wir unterstützen das auch als Verband, dass diese Leute sich wehren wollen, dass sie auch die Forderung stellen – das ist leider im Augenblick juristisch noch nicht möglich –, die Grundwassersteuerungsverordnung als Ausführungsvorschrift des § 37a des Berliner Wassergesetzes endlich in ein einklagbares Gesetz zu überführen, damit sie sich dementsprechend wehren können. Ich denke, hier ist leicht nachzuvollziehen, und das wird hoffentlich auch das Ergebnis des Pilotprojekts dort zeigen, dass man diesen Betroffenen nachhaltig helfen muss. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Frau Platta, Sie hatten sich noch gemeldet – aber bitte nur, um zu sagen, was nicht beantwortet worden ist. Also jetzt bitte keine neuen Beiträge, Fragen etc.!

Marion Platta (LINKE): Die Frage zur Regenwasserableitung ist noch nicht beantwortet worden. Aber wenn ich schon die Gelegenheit habe, noch mal nachzufragen, will ich die ergreifen, weil es schon wieder ums Wassersparen geht, Berlin sich aber das große Ziel gesetzt hat, klimaneutrale Stadt zu werden. Daran möchte ich anknüpfen und die Frage loswerden: Wie sehen Sie die ständige Forderung, immer noch mehr Wasser zu fördern im Zusammenhang damit, dass man für das Fördern von Wasser ja auch Energie benötigt? Wie hoch wäre dann der CO₂-Ausstoß bei jedem Kubikmeter Wasser, den wir zusätzlich fördern, aber eigentlich nicht brauchen für das Trinkwasser?

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Feddern!

Jens Feddern (Berliner Wasserbetriebe): Den Carbon Footprint für einen Kubikmeter Wasser habe ich leider nicht im Kopf. Natürlich ist es so, dass wir zur Wasseraufbereitung Strom brauchen. Der hat seinen CO₂-Ausstoß. Mit jedem Kubikmeter, den wir nicht für die Trinkwasserversorgung, also für die Versorgung der Bevölkerung nutzen, sondern für andere Dinge, steigt natürlich auch der CO₂-Ausstoß insgesamt an. Das ist schon so. Aber wie hoch das ist, muss ich Ihnen leider schuldig bleiben. Das kann ich aber nachliefern.

Noch mal zur Regenwasserableitung: Sie wissen, wir haben ein Trennsystem in der Stadt, ein Mischsystem. Regenwasser ist insgesamt ein Problem. Das hat wahrscheinlich ein bisschen etwas mit dem Klimawandel zu tun. Sie kennen es auch, dass wir heute eigentlich diesen schönen Landregen nicht mehr haben, sondern wenn es regnet, dann sind es meistens Ereignisse kurz hintereinander, unwahrscheinlich kräftig, das Wasser läuft nicht mehr ab, oder aber das Wasser, das sich gesammelt hat, hat keine Zeit mehr abzulaufen, und dann kommt es dazu, dass sich das, gerade was das Schichtenwasser angeht, aufschaukelt und zu Vernässungsschäden führt, weil der Ablauf eben nicht mehr da ist. Das hat aber ein bisschen was damit zu tun, dass das in letzter Zeit doch deutlich stärker geworden ist als in den vergangenen Jahren. Das hat auch dazu geführt – Sie erinnern sich vielleicht ganz schwach –, dass wir in Spandau

mal so ein Problem hatten, wo uns solches Wasser in die Brunnen reingelaufen ist. Damit hat man einfach nicht gerechnet. Solche Ereignisse haben wir leider Gottes mehrfach im Jahr, und das nimmt immer mehr zu. Die Lösung ist nicht so ganz einfach. Es muss abgeleitet werden, es muss also an das Kanalsystem angeschlossen sein, und es muss für Regenwasserrückhalt gesorgt werden. Auch da sind der Senat und die Wasserbetriebe dabei, das zumindest für die Innenstadt zu machen, damit es eben nicht zu Abwassereinleitungen in die Oberflächengewässer kommt.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Herr Staatssekretär – bitte schön, Herr Gaebler!

Staatssekretär Christian Gaebler (SenStadtUm): Es gab ein paar Fragen, auch zum Pilotprojektkreditprogramm, und dann möchte ich zur Klärung noch zwei, drei Anmerkungen zu Aussagen machen. Wir haben ja in dem Bericht darauf hingewiesen, dass es auch die Möglichkeit gibt, Förderprogramme dafür aufzulegen. Wir sind insbesondere mit der Investitionsbank Berlin in Gesprächen über Kreditförderprogramme. In Sachsen-Anhalt scheint das ja zweigleisig zu laufen, also sowohl mit einem Kreditprogramm als auch mit einem Fonds. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist dieser Fonds aber eher für Kommunen und Wasser- und Abwasserzweckverbände, die dann bestimmte Infrastruktur wie Messstellen oder so was daraus finanzieren. Aber genau das sollten wir uns noch mal gemeinsam angucken. Die IBB ist da grundsätzlich auch aufgeschlossen, wir müssen aber noch mal genau gucken: Wofür ist der Bedarf da? – Die Pilotprojekte dienen auch dazu, dass man noch mal genauer gucken kann: Wo liegt der Bedarf? Geht es um eine Grundwasserförderung oder eher um Abdichtungs- oder Umbaumaßnahmen oder Ähnliches? Deshalb sind diese Pilotprojekte, auch wenn sie in Bereichen stattfinden, wo wir schon eine relativ gute Datenlage haben, sinnvoll, denn es geht ja nicht nur darum, noch mal eine Bestandsaufnahme zu machen, sondern auch modellcharaktermäßig umzusetzen: Wie kann ich jetzt etwas abdichten?

Gerade im Blumenviertel hat jetzt eine Befragung stattgefunden, um einfach die Datengrundlage zu haben, auf der man dann weiterarbeiten kann. Es wird jetzt ein Gutachten geben, das anhand dessen, was jetzt ganz konkret dort vor Ort festgestellt worden ist, noch mal guckt: Sind Einzel- oder Gesamtlösungen zielführender? Auch da noch mal der Hinweis: Das Blumenviertel ist insofern immer ein gutes Beispiel, weil im Blumenviertel eben nicht alle Keller diese Wasserprobleme haben. Es ist, glaube ich, sogar die geringere Zahl der Häuser, die dort vertreten sind. Wir haben im Rahmen der Befragung durchaus noch mal Hinweise von anderen Anwohnern bekommen, die sagen: Wir haben unseren Keller abgedichtet, wir haben keine Wasserprobleme – und die auch schon mal anfragen, ob jetzt etwa ihr Nachbar aus Steuergeldern das bezahlt bekommt, was sie selber bezahlt haben. Also da muss man auch ein bisschen aufpassen. Deshalb ist es auch sehr wichtig, einmal genau festzustellen: Woher kommt das? Kommt das tatsächlich davon, dass man sich einfach am Anfang nicht am HGW orientiert hat? Wir werden sicherlich auch noch mal diese Regelung der Bauordnung prüfen müssen, die diesen HGW in der Bauvorlagenverordnung vorsieht, wo aber keiner am Ende überprüft, ob das auch wirklich umgesetzt wird, sondern das ist Aufgabe des Architekten, und der ist letztendlich dann meistens schon weg, wenn man feststellt, dass es Probleme gibt. Trotzdem: Daraus abzuleiten, dass es jetzt zwingende Aufgabe der öffentlichen Hand ist, halte ich auch für übertrieben. Wir müssen gucken, wie man zum einen Hilfe leisten kann in der Schadensfeststellung, in dem, was an Maßnahmen möglich ist, weil viele Beteiligte ja auch etwas hilflos davorstehen und überlegen: Was soll ich jetzt machen? Das ganze Haus ausgraben und wieder neu abdichten lassen oder Ähnliches? –, was ja in der Regel auch nicht so einfach ist.

Manchmal gibt es aber auch einfachere Methoden. Aber dieser Anspruch, es muss jetzt grundsätzlich alles vom Staat geleistet werden bis hin zum letzten Euro für diese Maßnahmen, überzieht an der Stelle, weil es diese Pflicht, sich am HGW zu orientieren, für den Architekten schon gibt, und zwar seit über 100 Jahren. Das ist keine Sache, die ganz neu ist. Insofern sind die rechtlichen Regelungen auch alt.

Gemeldete Schäden – weil das vorhin auch die Frage war –: Unser Stand ist, dass wir etwas über 2 000, ich glaube, 2 300 tatsächlich gemeldete Schäden haben. Das hat sicherlich zugenommen, weil wir nachgehakt haben, weil wir zusätzlich die Leute animieren, das zu melden. Ich muss zu dem Hinweis sagen, die Leute melden das nicht, weil sie Angst vor Wertverlust haben: So funktioniert es aber auch nicht. Erstens: Wenn man ein Gebäude weiterverkauft, ohne auf diesen Mangel hinzuweisen, ist das ein verdeckter Mangel, und man macht sich damit meiner Meinung nach strafbar. Zweitens: Wenn wir daran arbeiten und überlegen sollen, wie wir an der Stelle Hilfe leisten, dann muss man zumindest den Schaden auch melden und nicht sagen: Der soll beseitigt werden, aber wir sagen nicht Bescheid, dass wir einen haben. – Also so funktioniert es nicht. Insofern kann ich auch alle Beteiligten nur aufrufen, das offenzulegen, damit wir mit möglichst validen Zahlen und nicht mit irgendwelchen Schätzungen arbeiten können.

Pilotprojekte – das habe ich schon gesagt – haben wir vor allen Dingen diese zwei. Am Boxhagener Platz geht es tatsächlich darum, dass nicht ein Hauseigentümer allein eine Anlage bezahlt. Das ist genau das, was wir auch am Runden Tisch diskutiert haben. Der kritisiert zu Recht: Ich stelle mir das dahin, bezahle das allein, und die anderen profitieren auch davon. – Es geht darum: Wie bekommt man es hin, dass alle, die von einer solchen Maßnahme profitieren, sich auch finanziell daran beteiligen? – Es ist genau der Sinn dieses Pilotprojektes, da Hilfestellung zu leisten. Das war übrigens auch der Wunsch am Runden Tisch, auch von Betroffenen aus diesem Gebiet, die sich auch durchaus bereiterklärt haben, auf dieser Basis konstruktiv daran mitzuwirken. Es gibt eine ganze Menge Leute, die gesagt haben: Wir sind durchaus bereit, unseren Beitrag zu leisten, auch einen finanziellen, wir wollen es nur nicht ganz allein machen, und andere profitieren dann vielleicht nebenbei davon, die nichts dafür bezahlen. Wir wissen nicht, wie wir das überhaupt zustande bekommen, wie man so einen Zweckverband gründet, der dann gemeinsam die Kosten für die Grundwasserhaltung z. B. zahlt. – Das kann ich auch verstehen. Es ist ja nicht jedermanns Sache, sich in allen Rechtsfragen auszukennen und Ähnliches. Das meinen wir mit Hilfe zur Selbsthilfe. Das heißt, dass wir da Unterstützung geben. Das machen wir jetzt auch schon. Es gibt Broschüren, die darlegen: Worauf ist zu achten in bestimmten Baugebieten? Wir wollen jetzt auch Merkblätter erstellen: Was macht man, wenn der Keller vernässt ist, und was gibt es an Möglichkeiten, da einzugreifen? Insofern: Das läuft so weit, glaube ich, alles.

Experten haben wir im Rahmen dieser Pilotprojekte auch schon einbezogen, die hier auch Gutachten erstellen und Ähnliches. Ob jetzt eine weitere Expertenkommission tatsächlich der Weisheit letzter Schluss ist, weiß ich nicht. Wie Herr Ohm richtig sagte: Geredet und begutachtet wird viel, es geht eigentlich darum, dass auch mal konkret was gemacht wird. – Insofern sollten wir schon sehen, dass wir jetzt ein bisschen in Richtung Umsetzungsphase und nicht in eine neue wissenschaftliche fundierte Schleife kommen. Bei allem Verständnis dafür, dass Herr Dierks sagt: Wir müssen auch genauer wissen, worüber wir reden – das läuft ja parallel, indem wir noch weitere Bestandserhebungen machen.

Zur Wasserfltrate ist schon einiges gesagt worden. Von mir nur der Hinweis: Wir haben ja verschiedene rechtliche Vorgaben. Einige Betroffene berufen sich immer auf das Wasserhaushaltsgesetz. Das wird in einer bestimmten Weise interpretiert. Die Interpretation teilen wir nicht, aber selbst wenn wir sie teilen würden, gibt es noch andere Gesetze, die andere Regelungen vorsehen. Herr Kraus hat darauf hingewiesen. Wir haben EU-Richtlinien, wir haben naturschutzrechtliche Vorschriften. Also ganz so einfach, zu sagen, wir pumpen da mal alles ab, und dann ist alles schön, ist es auch nicht. Wenn ich das Wasser anschließend noch zum kostenlosen Rasensprengen verteile, landet es übrigens wieder im Grundwasser. Insofern haben wir den Kreislauf dann neu in Gang gesetzt. Ich glaube, dass das am Ende keine valide Lösung ist. Es bleibt ja nicht im Rasen, sondern geht wieder ins Grundwasser, und damit ist es wieder da, wo wir es eigentlich nicht haben wollen. Insofern macht das auch nicht so viel Sinn.

Es gibt viele Vorschläge – deshalb nur dieses Beispiel –, die man aber immer zu Ende denken muss. Man muss auch sehen: Sind sie miteinander in Einklang zu bringen? Auch bei unseren vielen Maßnahmen, die wir z. B. zur Renaturierung von Mooren machen, überlegen wir: Was heißt das, wenn wir unter einer Grünanlage massiv Wasser abpumpen, für den Bestand da? Wenn dann dort Schäden auftreten, kommen auch alle und sagen: Warum habt ihr uns das nicht vorher gesagt? Wir sagen das vorher. Wir glauben, dass es nicht die geeignete Methode ist, hier flächendeckend durch Grundwasserabsenkung zur Reduzierung von Kellervernässung zu kommen, sondern dass die lokalen Lösungen die richtigen sind. Das macht mehr Arbeit, ist mehr Aufwand und für die Betroffenen natürlich auch schwieriger, weil sie sich da auch einbringen müssen, aber ich glaube, es ist am Ende zielführend, die verschiedenen Interessen, die wir gerade in einem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt im Auge haben müssen, zusammenzubringen und dann eine möglichst naturverträgliche, aber auch siedlungsverträgliche Lösung zu finden.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide: Vielen Dank für Ihre Ausführungen! – Vielen Dank auch den Anzuhörenden für Ihre Geduld und die Beantwortung der Fragen! Ich darf mich im Namen des Ausschusses und aller Fraktionen recht herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie da waren. Dieses Wortprotokoll geht allen zu, und wenn wir es haben, können wir uns darüber unterhalten oder entscheiden, wie wir weiter mit diesem Tagesordnungspunkt verfahren. – Vielen Dank erst mal!

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Änderung der Niederschlagswasser-
freistellungsverordnung**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0206](#)
StadtUm

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 17/2226
**1 000 grüne Dächer für unsere Stadt –
Berlin braucht eine „Gründachstrategie“**

[0242](#)
StadtUm

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Waldzustandsbericht 2013 – Auswertung und
Schlussfolgerungen**
(auf Antrag der Piratenfraktion)

[0152](#)
StadtUm

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.